Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 93. Dienstag, den 21. April 1908. 15. Jahrg.

Das Maifest der Arbeit naht!

Parteigenossinnen und Genossen, rüstet zu demselben!

Hierzu eine Beilage.

Eine politische Partei des Unternehmertums.

Vor Jahren bereits ist aus Unternehmerkreisen heraus der Gedanke gekommen, die industriellen und gewerblichen Arbeitgeber Deutschlands zu einer großen politischen Vereinigung zusammenzufassen, die insbesondere bei Reichstagswahlen und bei Wahlen zu den Landtagen selbständig vorzugehen habe. Gut' Ding will Weile haben. Geraume Zeit hörte man nichts mehr von diesem Projekt, gegen das die Organe sämtlicher bürgerlicher Parteien mehr oder weniger scharf sich ausgesprochen haben. Jetzt taucht es wieder auf. Nach den „Berl. polit. Nachr.“, die dem Zentralverbande der Industriellen nahe stehen, soll die Vereinigung nun ins Leben gerufen werden mit dem nächstliegenden Zwecke, durch entsprechende Einwirkung auf die Wahlen eine wirkungsvollere Vertretung der industriellen und gewerblichen Interessen herbeizuführen. Das Blatt schreibt:

„Wir sind von zuständiger Stelle ermächtigt worden, hier festzustellen, daß zwischen dem Träger des die neue politische Vereinigung der Arbeitgeber betreffenden Gedankens und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Industrieller zwar vorläufige Besprechungen stattgefunden haben, in denen wie nicht anders zu erwarten war, jener Gedanke sympathisch aufgenommen wurde. Diese Besprechungen sind jedoch unverbindlich für den Zentralverband deutscher Industrieller geführt worden, dessen Organe noch keinen Anlaß und keine Gelegenheit gehabt haben, sich mit dem in Rede stehenden Plane zu beschäftigen. Das soll erst in einer Sitzung des Direktoriums des Zentralverbandes deutscher Industrieller geschehen, die zu Beginn des nächsten Monats stattfinden wird.

Aus dieser Mitteilung ist mit Sicherheit zu entnehmen, daß die Vereinigung kommt. Die „Vossische Zeitung“ meint, sei sie einmal da, so werde sie ein gewaltiges Gewicht in die Wage der Entscheidung werfen, und besonders im Westen werde man dies verspüren.

Das Charakteristische des Planes liegt für uns vornehmlich in dem Umstande, daß der Zentralverband der Industriellen, der das führende Element ist, das Unternehmertum dem bestehenden bürgerlichen Parteiwesen abwenden und zu einer reinen Klassenkampfpartei machen wird. Diese Idee haben hervorragende Leiter des Scharfmacherverbandes schon früher öfter ganz unumwunden ausgesprochen mit der Motivierung, daß die bürgerlichen Parteien nicht fähig und auch nicht gewillt seien, eine echte und rechte „Politik der Ordnung“ zu betreiben. Sie haben diese Partei beschuldigt, daß sie auf dem Gebiete der Sozialpolitik „weit hinausgehen über ein vernünftiges und zulässiges Maß von gesetzlicher Fürsorge für die Arbeiterklasse“; daß sie eine „bedenkliche Politik der Konzessionen an die Arbeiterklasse und die Umsturzpartei betreiben“. Als die Zuchthausvorlage im Reichstage gefallen war, haben die dem Einfluß des Zentralverbandes der Industriellen unterstehenden Organe erklärt: Bürgerliche Parteien, die das „Unternehmertum schutzlos lassen gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie“, hätten eigentlich gar keinen Anspruch mehr auf Unterstützung von seiten der deutschen Arbeitgeber. Es sei notwendig, daß letztere „sich auf sich selbst besinnen“, um zu einheitlichem politischen Vorgehen und damit zur Entfaltung des „ihnen gebührenden Einflusses auf die Gesetzgebung“ zu gelangen. Der Scharfmacherverband war von jeher der geschworene Feind jeder sozialpolitischen Reform im Interesse der Arbeiter. Selbst die Sozialpolitik der Halbheit, welche die Reichsregierung im Bunde mit den bürgerlichen Parteien betreibt, hat er stets entschieden bekämpft. Seinen Umtrieben ist Graf Posadowsky zum Opfer gefallen, der ja geradezu als „Schrittmacher der Sozialdemokratie“ verketzert wurde. Unausgesetzt hat der Scharfmacherverband seine schlimmen Einflüsse auf die Regierung geltend gemacht, hauptsächlich zu dem Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten, die Arbeiterklasse überhaupt zu entrechten und notwendige sozialpolitische Reformen zu verhindern. Sein Einfluß erstreckte sich natürlich zugleich auch im erheblichen Maße auf die nationalliberale Partei, die ja als Partei des kapitalistischen Interesses angesprochen werden muß. Das Versinken dieser Partei in politische Grundsatzlosigkeit und ordnungspolitischen Unfug hat in erster Linie der Zentralverband der Industriellen mitbewirkt. Aber das alles genügt ihm nicht. Die bürgerlichen Parteien können unmöglich seinen Ansprüchen auf unbedingte und unbeschränkte Herrschaft des Unternehmerinteresses und der Unternehmerautorität in dem Maß genügen, wie er es wünscht, weil gewisse politische Zweckmäßigkeitsrücksichten auf die Arbeiterklasse diesen Parteien das verbieten. Sie hoffen ja noch immer, die Mehrheit der deutschen Arbeiter, vornehmlich die christlich-sozialen, durch sozialpolitische Reformheuchelei vor dem Anheimfall an die Sozialdemokratie zu behüten.

Das will der Scharfmacherverband sich nicht länger gefallen lassen. Aus allen diesen Gründen geht er jetzt anscheinend ernsthaft daran, aus dem deutschen Unternehmertum ein selbständiges politisches Parteigebilde zu gestalten. Klassenkampftheorie liegt diesem Plane zugrunde. Als reine und in sich selbst abgeschlossene Klassenpartei soll das Unternehmertum sich bei den Wahlen Einfluß auf die Gesetzgebung verschaffen, damit diese durchaus dem kapitalistischen Interesse gegenüber der Arbeiterklasse diene.

Die deutsche Arbeiterschaft wird daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen wissen. Gelingt die Verwirklichung des Projekts, so hat die Blockpolitik natürlich ein Ende. Und mit Sicherheit ist voraus zu sagen, daß die bürgerlichen Parteien sich dann bemühen werden, mit der neuen Partei möglichst gute Freundschaft zu halten. Eine neue Ära gewaltiger politischer Kämpfe wird sich eröffnen und alles wird dann darauf ankommen, daß auch die Arbeiterklasse als geschlossene politische Partei machtvoll und entscheidend aufzutreten vermag.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Militarismus und Sparpolitik.

Die Kosten für den Militarismus wachsen täglich. Der Land-, Wasser- und Kolonialmilitarismus verschlingt schon gegenwärtig die Riesensumme von 1560 Millionen pro Jahr, das heißt mehr, als sämtliche Reichseinnahmen zusammen ausmachen! Wenn von den bürgerlichen Parteien bei Wahlen immer die Forderung „größerer Sparsamkeit“ erhoben wird, so ist das nichts als frivolste Heuchelei, denn Ersparnisse ließen sich einzig auf dem Gebiete des Militarismus, der Flotten- und Kolonialpolitik machen. Für Kulturaufgaben wendet ja das Reich sowohl wie Preußen so bitter wenig, so unzulänglich wenig auf, daß sich da beim besten Willen keine Ersparnisse machen lassen.

Daran, beim Land- oder Wassermilitarismus Ersparnisse zu machen, denkt aber keine einzige aller bürgerlichen Parteien. Der Freisinn lehnte früher gelegentlich Militär-, Marine- oder Kolonialforderungen ab, aber seit seiner Blockpaarung sind diese Zeiten unwiderbringlich dahin. Das beweist am besten die Tatsache, daß der Freisinn trotz der ungeheuerlichen Finanzklemme des Reiches, trotz des Riesendefizits, trotz der enormen neuen Anleihen die neue Marinevorlage glatt bewilligt, ja sogar versprochen hat, in ein paar Jahren über eine allerneueste Marinevorlage mit sich reden zu lassen! Es war vor der Abstimmung unwiderlegt nachgewiesen, daß die Behauptung, die Marinevorlage sei notwendig, um die deutsche Flotte zu verjüngen, unrichtig war. Es war gezeigt worden, daß keine Flotte prozentual so zahlreiche Schiffe jugendlichen Alters besitzt, wie gerade die deutsche Flotte und die ganzen Schiffsbaupläne auf nichts anderes hinausliefen, als das Reich zum ununterbrochenen, immer uferlöseren Flottenrüsten zu zwingen. Trotz alledem und trotzdem der Freisinn wußte, daß die neue Marinevorlage die unausbleibliche Steuerschröpfung der Massen durch neue indirekte Steuern noch verheerender für die Volksernährung gestalten würde, bewilligte er auch diese militärische Mehrbelastung.

Damit ist das Reichsdefizit auf 500 Millionen Mark — ohne die 90 Millionen für die so dringende Gehaltsaufbesserung der Beamten! — hinaufgeschraubt worden! Aber der Militarismus fordert immer neue Ausgaben. So berechnet der ehemalige Oberst Gädke, daß die in Aussicht genommene Erhöhung der Löhnung der Mannschaften jährlich **18 Millionen Mark** mehr erfordern werde, ganz abgesehen von der Erhöhung der Offiziersgehälter und Unteroffizierslöhnungen.

Nun ist es gerade die Sozialdemokratie gewesen, die für die Erhöhung der Löhnung der Mannschaften und Unteroffiziere eingetreten ist, die von den Konservativen **abgelehnt** wurde! Und die Sozialdemokratie wird alles aufbieten, um diese Mehrausgaben durchzudrücken! Hier kann, hier darf nicht „gespart“ werden! Und wenn das Volk nicht will, daß die Last der indirekten Steuern vollends unerträglich wird, so muß es eben dafür sorgen, daß **den Kolonialfexen und Panzerplattenpatrioten das Handwerk gelegt wird!**

Freisinnige Reaktionäre.

Die Stadtverordneten der Stadt Velbert (Rhld.) beschlossen auf Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins, den Zensus für die Wahlberechtigung zum Gemeinderat von 900 auf 600 Mk. herabzusetzen. Gegen den Antrag sträubten sich mit aller Macht die freisinnigen Stadtverordneten, während die Zentrumsfraktion des Stadtparlaments mit unseren Genossen stimmte. — Dieses Verhalten der freisinnigen Stadtverordneten in Velbert steht unter aller Kritik!

Wählt Sozialdemokraten!

Diese Parole wird zu den preußischen Landtagswahlen von polnischer Seite zum großen Leidwesen der „nationalen“ Presse ausgegeben. Der in Gnesen erscheinende „Lech“ betont, daß den Blockparteien, insbesondere dem Freisinn keine Stimme von Polen zufallen dürfte. Dann schreibt das Blatt weiter:

Unser politisches Interesse erfordert, daß in das Abgeordnetenhaus die Sozialdemokraten in möglichst großer Zahl eindringen. Durch ihre Unterstützung wollen wir unsre Stellung zur preußischen Regierung dokumentieren. Wir sind übrigens nicht die ersten, die ein Kompromiß mit den Sozialdemokraten schließen, wir folgen darin nur dem Beispiel des Zentrums, das sich stets mit den Sozialisten verband, wo es sein Partei-Interesse erforderte. Wo ein Sozialdemokrat mit einem Zentrumsmann in Stichwahl steht, wird letzterer, in allen übrigen Fällen der Sozialdemokrat zu unterstützen sein. Für Zentrum und Sozialdemokratie ist unsre Parole!“

Diese Unterstützung der Sozialdemokratie kann im wesentlichen nur bei den Wahlmännerwahlen eintreten. In manchen Bezirken werden polnische Urwähler den Ausschlag geben.

Wie die Mehrheit für das Börsengesetz zustande gebracht wurde.

Ein Wissender schildert in der klerikalen „Köln. Volksztg.“, wie im Block dem Börsengesetz zu einer Mehrheit verholfen wurde. Da die Mache so recht charakteristisch für den großen Staatsmann Bülow ist, sei die Mitteilung hier wiedergegeben:

„Leichter (als beim Vereinsgesetz) ging es beim Börsengesetz mit den Konservativen, nachdem hier der Führer des Bundes der Landwirte, der künftige Freiherr v. Roesicke, die Führung erhalten hatte. Der Reichskanzler beschränkte sich darauf, im letzten Stadium der Verhandlungen den bereits Wankenden den letzten Stoß zu geben und dann die Bekehrung eines Blockschäfleins beim Blockdiner zu begießen. Ähnlich war es ja auch seinerzeit beim Zolltarif. Graf Posadowsky trug die mühevolle und aufreibende Arbeit der Verhandlungen, Fürst Bülow quittierte sie bloß, und der Glanz des Erfolges fiel auf ihn zurück. Jetzt hat v. Bethmann-Hollweg für den Kanzler im Reichstage gesiegt, wie n. Rheinbaben beim Enteignungsgesetze im Landtage. Fürst Bülow läßt verkunden, daß er dem Mann der Arbeit, dem eifrigen Staatsminister v. Bethmann-Hollweg, einen Orden verschafft habe, und wieder fällt der Glanz des Gönners auf

ihn. Ein Bülow weiß sich stets so zu stellen, daß die Sonne ihn bescheint. Die Mittel zum Erfolg mögen verschieden gewesen sein. Bei Müller-Meiningen mag schon der Zentrumswanwan „erzieherisch gewirkt" haben. Bei den Konservativen dürften der Gedanke an die Landtagswahlen, die Furcht vor der Verantwortung des Blockmandats beim Evangelischen Bund, bei den Alldeutschen und anderen Hilfstruppen, vielleicht auch Hoffnungen für die kommende Reichsfinanzreform mitgeredet haben. Unangenehm mußte berühren die schier übereifrige Mitarbeit des Direktors vom Bunde der Landwirte, Roesicke, da ihm schon im letzten Winter die Zeitungen verschiedener Parteien den Freiherrntitel als Gegenleistung für das Börsengesetz angesagt hatten. Die in der ganzen Presse bekannt gewordene Art, wie er die Wirtschaftliche Vereinigung unter Drohungen für das Börsengesetz geradezu gezwungen habe, ist bis zum heutigen Tage unwidersprochen geblieben. Abgeordnete der Wirtschaftlichen Vereinigung und Reformpartei erzählen auch von den Empfängen ihrer Führer, Liebermann v. Sonnenberg und Zimmermann bei Bülow merkwürdige Dinge. Der Kanzler soll es als den deutlichen Willen des Kaisers bezeichnet haben, daß das Börsengesetz dem Freisinn gegeben werde. Der Frage, ob die Wirtschaftliche Vereinigung diesen allerhöchsten Wunsch brüskieren wolle, folgte zwar seitens eines dieser Herren die Gegenfrage: „Aber Durchlaucht! Was nützt denn jetzt dieses Opfer? Im Winter stehen wir doch wieder vor dem Zusammenbruch des Blocks, der Freisinn wird ja doch nicht die Reichsfinanzreform mit indirekten Steuern schlucken!" „Woher wissen Sie denn das? Wenn ich Ihnen sage, der Freisinn schluckt überhaupt alles, so kann Ihnen das genügen, erwiderte der Reichskanzler mit wegwerfender Handbewegung und Gebärde. Liebermann v. Sonnenberg fiel sofort mit seiner Wirtschaftlichen Vereinigung um. Zimmermann dagegen blieb fest, dank der Rückenstärkung durch den eigentlichen Politiker der Reformpartei, Gräfe. Wie müssen aber erst die Argumente bei den anderen Blockführern ausgesehen haben, wenn schon bei einem Liebermann v. Sonnenberg solche Trümpfe ausgespielt wurden. Er ist doch sonst billiger zu haben."

Es ist nützlich, von Zeit zu Zeit einen Blick in die Küche zu werfen, wo unsere sogenannte Politik zurechtgemauscht wird.

Die reaktionären Wahlaufrufe,

die sich lediglich für Scheinreformen in der preußischen Wahlrechtsfrage erklären, tauchen jetzt auf. In dem Aufruf der Freikonservativen heißt es:

„Mit der Staatsregierung teilen wir die Überzeugung, daß unser Wahlrecht verbesserungsfähig ist. Die in Aussicht gestellte Vorlage zur Änderung des Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus werden wir mit Unbefangenheit, aber auch mit Bedacht und Vorsicht prüfen. Die Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen lehnen wir ab. Bestehende Wahlkreise dürfen wegen geringerer Bevölkerungszahl nicht beseitigt werden. (!) Jede Wahlkreiseinteilung, welche einem Teile der Wahlkreise eine Verkürzung seiner bisherigen, historisch gewordenen Vertretung („historisch geworden" ist sehr gut!) im Abgeordnetenhause bringt, ist zu verwerfen."

Und mit diesen Volksfeinden wollen freisinnige Blockpatienten einen „Kulturbund" gründen!

Der „liberale Aufschwung".

Das Berliner Organ der Nationalliberalen, die „Nationalzeitung", steht wieder einmal vor dem Bankrott. Kürzlich brachte ein Königsberger Blatt die Nachricht, daß sie nächstens mit der freikonservativen Post zu einem Blatt verschmolzen werden solle. Darauf antwortet die „Post":

Über die Zukunft der „Nationalzeitung" bringt ein Königsberger Blatt falsche Nachrichten. Es ist nach unsrer Kenntnis der Verhältnisse nicht richtig, daß die „Nationalzeitung" in kurzem als selbständiges Blatt zu erscheinen aufhören wird. Das Blatt wird in seiner vollen bisherigen politischen Selbständigkeit weitergeführt werden. Es sind gewisse organisatorische Änderungen, die rein geschäftlicher Natur sein sollen, geplant, doch ist eine endgültige Entscheidung hierüber noch nicht getroffen. Nur um freie Hand für diese Neuorganisation zu haben, ist, soweit wir unterrichtet sind, einstweilen allen Redakteuren der „Nationalzeitung" gekündigt worden; mit dem größten Teil von ihnen werden voraussichtlich neue Verträge abgeschlossen werden. Auf alle Fälle bleibt die politische Richtung der „Nationalzeitung" von den eventuellen Änderungen durchaus unberührt.

Die „Post" bestätigt mit diesen Auslassungen nur, daß die Börsenkapitalisten, von denen bisher die „Nationalzeitung" ausgehalten wurde, nicht mehr länger mit ihrem Geldbeutel herhalten wollen. Das Blatt wird nun aus den Händen der Börsenjopper in die der großindustriellen Scharfmacher kommen, die hinter der „Post" stehen. Den gekündigten Redakteuren wird es nicht schwer fallen, auch den neuen Herren mit demselben Eifer zu dienen, wie den alten.

Junggesellen-Besteuerung.

In einer dem Reichstag zugegangenen nichtamtlichen Drucksache wird zur Lösung der Reichsfinanzkalamität die Einführung einer Junggesellensteuer empfohlen. Der Vorschlag ist nicht neu. Man hat ihn seither meist humoristisch behandelt und abgetan. Unter dem harten Druck der Notwendigkeit, einige hundert Millionen neuer Steuern fürs Reich zu schaffen, dürfte die Idee einer Extrasteuer für Hagestolze aber eine wachsende Zahl von Anhängern finden.

Es muß zugegeben werden, daß für eine solche Steuer manches gute Argument vorgebracht werden kann. Wer in einem Alter und in Einkommensverhältnissen, die die Erhaltung einer Familie sehr wohl ermöglichen, es vorzieht, sein ganzes Einkommen nur für seine eigene werte Person zu verausgaben, handelt zweifellos unsozial. Er opfert nichts für die heranwachsende Generation; er trägt nicht mit an der ungeheuren Last der leiblichen und geistigen Fürsorge für den Nachwuchs. Der Familienvater, der mit 3000 Mark eine Familie von vier bis sechs Köpfen erhält, verzichtet für seine Person auf den größten Teil seines Einkommens zugunsten noch arbeitsunfähiger Glieder der menschlichen Gesellschaft. Im Vergleich zu ihm führt der Junggeselle mit ebensoviel Einkommen ein „Schlemmerdasein". Legt man beiden eine gleich hohe Steuer auf, so trifft sie den ersteren ungleich härter als den letzteren. Das bedarf keines weiteren Beweises.

Dazu kommen die indirekten Schäden, die durch das Junggesellentum der Gesellschaft zugefügt werden. Die Junggesellen vernichten mit ihrer unregelmäßigen, unnatürlichen Lebensweise ihre eigene Lebens- und Arbeitskraft vor der Zeit. Die Statistik aller Länder zeigt übereinstimmend die Erscheinung, daß die Unverehelichten, namentlich die ledigen Männer, eine durchschnittlich kürzere Lebensdauer erreichen. Besonders charakteristisch ist dabei die hohe Selbstmordziffer der Junggesellen. So waren in Baden nach einer Untersuchung von Adolf Wagner von 1000 Selbstmördern männlichen Geschlechts 647 ledig und 353 verheiratet. In Dänemark waren im Zeitraum von 1886—1895 unter je 10 000 Selbstmördern männlichen Geschlechts jährlich:

Alter:	Junggesellen:	Verheiratete:
30—40 Jahre	9,3	3,3
40—50 Jahre	12,6	5,8
50—60 Jahre	18,6	9,9
60—70 Jahre	12,9	10,1

Die vorzeitige Erschöpfung der Lebens- resp. Arbeitskraft vieler Tausender von Männern bedeutet aber einen gewaltigen Ausfall an ökonomischen Werten für die Gesamtheit.

Trotzdem stehen u. E. einer Junggesellensteuer als einer Sondersteuer große Bedenken gegenüber. Für viele ist die Ehelosigkeit kein freiwilliger Zustand. Unsicherheit der Existenz, Krankheit, erbliche Belastung, die Pflicht, für alte Eltern, kranke, erwerbsunfähige Geschwister usw. zu sorgen, machen gar manchem, der gerne heiraten möchte, das Eingehen einer Ehe unmöglich. Man müßte also, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden, mancherlei Ausnahmebestimmungen treffen, und die Feststellung derselben wäre eine überaus schwierige Sache.

Viel richtiger erscheint es uns deshalb, den berechtigten Kern, der in dem Vorschlag einer Junggesellensteuer steckt, dadurch zu berücksichtigen, daß man bei einer eventuellen direkten, progressiven Reichseinkommensteuer denjenigen Zensiten Vorteile einräumt, die Kinder und sonstige erwerbsunfähige Personen mit zu erhalten haben. Man kann die allgemeinen Sätze der Steuer höher greifen, als sonst möglich wäre; die volle Steuer zahlen dann eben nur diejenigen, die ihr Einkommen nicht mit Angehörigen zu teilen haben. Mit einer solchen Differenzierung der Einkommensteuer hat man ja bereits hier und da den Anfang gemacht. Die progressive Gestaltung allein trägt noch nicht genügend der Verschiedenheit der steuerlichen Leistungsfähigkeit Rechnung. Die Frage, wieviel Menschen hinter dem Einkommen des Zensiten stehen, resp. wieviel Münder aus ihm gespeist werden, muß berücksichtigt werden.

Österreich-Ungarn.

Eine Massendemonstration ungarischer Bauern. In Totkomlos im Beseler Komitat hat eine höchst bemerkenswerte Bauernkundgebung stattgefunden. Die Achimsche Bauernpartei hatte eine Versammlung einberufen, zu der etwa zwölftausend Personen aus sechzehn Gemeinden der Umgebung erschienen waren. Der Ortsrichter von Totkomlos, Michael Lehoczky, begrüßte das Bauernmassenmeeting mit einer Ansprache, in der er erklärte, daß er fünfzehn Jahre lang der Unabhängigkeitspartei angehört habe, nun aber werde er seine ganze Kraft dem Ziele widmen, daß die Volksbetörer Apponyi, Kossuth, Barabas 2c. hinweggefegt werden. Sodann ergriff Andreas L. Achim, der Führer der Bauernpartei, das Wort. Seiner Ansicht nach soll die verschärfte Geschäftsordnung des Parlaments hauptsächlich dazu dienen, die Wahlreform zu fälschen, die glatte Durchdrückung des Pluralwahlrechts zu sichern. Dagegen müsse die Bauernschaft Stellung nehmen: entweder durch die Steuerverweigerung oder durch die Niederlegung aller Funktionen in den Gemeindevorständen, Komitats- und Munizipalvertretungskörpern. Er hält diesen Streik für durchführbarer als die Steuerverweigerung; man werde sehen, ob die Verwaltung ohne Mitwirkung der Bauern fertig werden könne. Der zu Pfingsten stattfindende Bauernkongreß werde hierüber zu entscheiden haben. Mit dem Massenstreik der Industriearbeiter von der einen, der Aktion der Bauernschaft von der anderen Seite müsse die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts erzwungen werden. Nun erstattete der Sekretär der Bauernpartei, Andreas Laßlo, den Bericht über die Vorarbeiten zu dem zu Pfingsten in Bekes-Csaba stattfindenden Bauernkongreß. Auf demselben werden auch die Westungarische radikale Bauernpartei, der Oberungarische Bauernbund und der Südungarische Bauernbund vertreten sein. Bisher sind 285 Delegierte angemeldet, und diese Anzahl wird sich voraussichtlich verdoppeln. Das Parteiprogramm wurde in ungarischer, deutscher, rumänischer und slovakischer Sprache in 50 000 Exemplaren verbreitet. Zum Schluß nahm die Versammlung eine Resolution an, in der erklärt wird, daß die Koalition in den abgelaufenen zwei Jahren „bewiesen habe, daß sie nur zugunsten der Großgrundbesitzerinteressen zustande kam; die Versammlung wende sich voll Haß von der reaktionären Regierung ab, zu deren Sturz sie jedes Mittel gut heißt; sie protestiert gegen die geplante Fälschung der Wahlreform, fordert das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht und spricht sich dafür aus, daß die Arbeiterklasse und die Bauernschaft zusammenstehen, um das Wahlrecht als Waffe zu den weiteren Kämpfen für die Wohlfahrt des Volkes zu erzwingen.

Das Attentat auf den Statthalter von Galizien soll einem ruthenischen Komplott entsprungen sein.

Italien.

Eine Flottendemonstration. Wie die „Tribuna" meldet, erhielt das italienische Mittelmeergeschwader Befehl, sich bei Gaeta zu konzentrieren. Wie weiter gemeldet wird, handelt es sich bei der Entsendung der Kriegsschiffe um eine Flottendemonstration gegen die Türkei.

Marokko.

Bei einem Kampfe zwischen Franzosen und Marokkanern gab es französischerseits 22 Tote und 98 Verwundete. — In Marokko spielt man seitens der französischen „Staatsmänner" mit Menschenleben, als ob es Puppen seien.

Lohn- und Arbeitsbedingungen bei Vergebung staatlicher Arbeiten

III.

Der Antragsteller Wissell seinerseits hat folgendes Gutachten erstattet als

Minderheitsbericht:

Der der Kommission zur Prüfung überwiesene Antrag verfolgt zwei Tendenzen; er will

1. der Möglichkeit vorbeugen, daß bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten ein Druck auf das Arbeitsverhältnis ausgeübt wird, und dann läuft er
2. auf eine Förderung tariflicher Vereinbarungen hinaus.

Der Staat hat nicht nur ein Interesse daran, diese Tendenzen zu unterstützen, sondern auch die Pflicht, es zu tun. Damit würde er den Gesamtinteressen dienen. Das bestreitet die Kommissionsmehrheit. Sie befürchtet, daß bei Durchführung des Antrages eine solche Lohnsteigerung eintreten werde, daß der Staat dadurch schwer belastet werde; der gegenteiligen Ansicht steht sie recht skeptisch gegenüber. Zwar wird diese Annahme der Kommission schon durch die in ihrem Bericht zitierten Ausführungen des amtlichen Werkes widerlegt, aber immerhin ist es notwendig, darauf einzugehen.

Wenn die Annahme der Mehrheit zuträfe, würde das den Gesamtinteressen nicht widerstreiten. In diesem liegt es, die Arbeitsbedingungen der weitaus größten Schicht der Bevölkerung nach Möglichkeit zu verbessern und alles zu verhindern, was dieselben verschlechtern könnte. Der einzelne Unternehmer mag wünschen und es mag anscheinend seinen Interessen entsprechen, daß die Löhne seiner Arbeiter niedriger sind, daß die Arbeitszeit lang ist. Bei gegebenem Preise für seine Fabrikate wird sein Verdienst um so größer erscheinen, je geringer die Löhne, je länger die Arbeitszeit ist. Dies persönliche Interesse des einzelnen Unternehmers ist jedoch nicht das Gesamtinteresse.

Der weitaus überwiegende Teil des vom Arbeiter verdienten Geldes dient der Konsumtion, wird zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse wieder ausgegeben. Von seinem Lohn bezahlt der Arbeiter die Wohnung dem Hausbesitzer, dem Bäcker das Brot, dem Schlachter das Fleisch, den Kolonialwarenhändler, den Schneider, den Schuhmacher, den Möbelhändler usw. usw. Und über den Hausbesitzer, den Handwerker, den Kaufmann, da geht die Lohnsumme wieder zurück zur Produktion, dient wieder der Erzeugung neuer gewerblicher und landwirtschaftlicher Produkte. In aller Hände teilt sich wieder der Lohn, zirkuliert er wieder, belebt er wieder das geschäftliche Leben. Ganz abgesehen von der durch höhere Löhne bewirkten kulturellen Steigerung des einzelnen Arbeiters: für die Volkswirtschaft einer einzelnen Stadt wie eines ganzen Staates sind höhere Löhne vorteilhafter als geringere. Sie befruchten das ganze wirtschaftliche Leben. Hier ist keine volkswirtschaftliche Abhandlung über die Bedeutung höherer Löhne zu schreiben, sondern nur ganz kurz in großen Umrissen die Wirkung derselben darzustellen. Es ist daher zu übergehen die Einwirkung derselben auf den Staat selbst, dessen Einnahmen direkt und indirekt mit aus den Löhnen durch Steuern, Abgaben, Zöllen usw. gespeist werden. Es soll auch nicht auf die Einwände eingegangen werden, nach denen erhöhte Lohnausgaben erhöhte Produktionskosten bedeuten sollen. Es soll demgegenüber nur betont werden, daß im allgemeinen hoher Lohn und kurze Arbeitszeit nicht gleichbedeutend ist mit höheren Produktionskosten. Das Verhältnis des Arbeitslohnes zur Arbeitsleistung ist ein im allgemeinen gleiches. Wo die Löhne niedrig sind, ist auch die Leistung eine entsprechend geringere. Dort, wo die Löhne hoch sind, ist auch die Leistung eine soviel höhere. In den Industrien mit höheren Löhnen wird die qualifizierte Arbeit geleistet. Das umgekehrte Verhältnis gilt bezüglich der Arbeitszeit. Nach allen Erfahrungen hat die bis heute durchgeführte Verkürzung der Arbeitszeit die Leistung nicht vermindert; die Intensität der Arbeit ist gestiegen. Die Länder mit hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit, mit den besten Arbeitsbedingungen sind die fortgeschrittensten. Worauf es hier ankommt, ist die Feststellung und Hervorhebung der Tatsache, daß wohl hohe, nicht aber geringe Löhne im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegen. Damit ist auf die Einwände der Kommissionsmehrheit eingegangen, daß ein fixierter Arbeitslohn eine entsprechende Arbeitsleistung zur notwendigen Voraussetzung habe. — Ist diese Auffassung richtig, und man wird sie kaum als irrig bezeichnen können, kann es auch nicht im Interesse der Volkswirtschaft liegen, daß bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten ein Druck auf das Arbeitsverhältnis ausgeübt wird. Daß das Submissionswesen leicht zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führt, wird kaum bestritten werden. Das auch von der Kommissionsmehrheit zitierte amtliche Werk sagt Seite 1:

„An sich liegt im Verdingungswesen leicht die Tendenz zum Druck auf das Arbeitsverhältnis. Der Gewinn des Unternehmers, der bei Vergebung öffentlicher Arbeiten den Zuschlag z. B. auf Grund des Mindestgebots erhält, wächst, je mehr es ihm gelingt, bei Ausführung der übernommenen Arbeiten die Selbstkosten herabzusetzen. Unter diesen Selbstkosten ist die Arbeit — Arbeitszeit, Arbeitslohn — ein nicht unerheblicher Faktor. Die wirtschaftliche Tendenz geht also dahin, die Möglichkeit der Herabdrückung der Selbstkosten auch auf Kosten der Arbeitsbedingungen so auszunutzen, daß der Gewinn die möglichste Höhe erreicht. Verstärkt wird diese Tendenz, wo für die Verdingung das Prinzip gilt, dem Mindestbietenden den Zuschlag zu erteilen."

Nun ist es richtig, daß diese die Arbeitsverhältnisse drückende Tendenz abgeschwächt wird, wo starke Organisationen der Arbeiter ein Gegengewicht halten. Durch Selbsthilfe werden die Arbeiter einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entgegenwirken. Das wird ihnen um so leichter sein, wo sie sich auf einen Tarifvertrag stützen können, der den am Wettbewerb im Submissionsverfahren beteiligten Unternehmern die Einhaltung bestimmter Löhne vorschreibt. Nun bestehen in Lübeck sowohl starke Arbeiterorganisationen, wie auch für die Gewerbe, welche für die in Lübeck hauptsächlich zu vergebenden öffentlichen Arbeiten in Frage kommen, Tarifverträge bestehen.*) Soweit also Lübecker Unternehmer mit öffentlichen Arbeiten betraut werden, wird sich die das Arbeitsverhältnis verschlechternde Tendenz des Submissionsverfahrens nur in verminderterm Maße geltend machen können. Aber es handelt sich doch einmal nicht nur um Arbeiten für solche Gewerbe, in denen starke Organisationen bestehen, und dann kommen doch auch nicht nur Lübecker Unternehmer für die hiesigen öffentlichen Arbeiten in Frage. Welche Zustände beim Fehlen der durch den Antrag gewollten Vorschriften eintreten können, hat z. B. Herr Heinsohn in einem Fall aus seinem Gewerbe am 19. März 1906 der Bürgerschaft mitgeteilt. Beim Bau des Theaters müßten polnische Frauen helfen, eine Stätte zu bereiten, auf der deutsche Kunst in erster Linie gepflegt werden soll. Beim Bau der Hafenbahn haben Frauen ihrer Billigkeit wegen Erdbewegungen ausführen müssen. Solche Arbeiten waren in unserer Gegend bisher den Frauen nicht beschieden. Dazu ist unser Kulturstand zu hoch. Arbeiter niederer Kultur aber bei Staatsarbeiten nach hier zu holen, liegt nicht im Allgemeininteresse. Abgesehen von der Gefahr eines Lohndrucks und der Gefahr in sittlicher und moralischer Beziehung auch um deswillen nicht, weil ein nicht geringer Teil der von den Steuerzahlern aufgebrachten Gelder für diese Arbeiten nicht in Lübeck bleibt.

Die Kommissionsmehrheit meint nun, daß diese Vorkommnisse nicht genügen, um solche Vorschriften zu erlassen, wie es der Antrag will. Sie griffen zu weit in die wirtschaftliche Freiheit ein, was nur bei schweren Mißständen geschehen dürfe, sie seien mit dem Grundsatz freiester Konkurrenz schwer in Einklang zu bringen. Ob die angeführten Tatsachen Mißstände sind, ist eine Frage der Auffassung, in der der Antragsteller von der Kommissionsmehrheit in ganz erheblicher Weise abweicht.

Wie die Vorschrift bestimmter Löhne die Konkurrenzfähigkeit beschränken soll, ist unverständlich. Selbst wenn vorgeschrieben würde, daß bestimmte Löhne, z. B. von täglich vier oder fünf Mark zu zahlen sind, so wird doch dadurch nur eine Vereinheitlichung der Produktionskosten erreicht werden — Löhne sind Produktionskosten — oder hinsichtlich dieser Produktionskosten ist die Konkurrenz ausgeschieden. Die Bewerber um Arbeiten mit solchen Bedingungen stehen sich völlig gleich. Im übrigen werden ähnliche Bedingungen auch schon heute getroffen. Die heute stets erlassenen Vorschriften über den Gebrauch bestimmter Materialien wirken in völlig gleicher Weise. Der Unterschied in den Preisen dieser Materialien ist so gering, daß auf ihn keine Überlegenheit gegründet werden kann. Ob es sich um Steine oder um eiserne Träger handelt, die Preise stehen so fest, daß ein Preisunterschied auch stets einen Unterschied in der Güte darstellt. Ist also an den Produktionskosten im allgemeinen nicht zu sparen, so wird für die erfolgreiche Bewerbung um öffentliche Arbeiten nur die allgemeine technische Vollkommenheit eines Betriebes ausschlaggebend sein. Soll der Abbruch am Lohn ein Mittel sein, technische Unvollkommenheiten des Betriebes auszugleichen, so heißt das auf Kosten der Arbeiter den Konkurrenzkampf der Bewerber ausführen. Das wird niemand befürworten wollen.

Selbst wenn also bei Durchführung des Antrages höhere Löhne gezahlt werden müßten, würde das dem Gesamtinteresse noch nicht widerstreiten, im Gegenteil ihm dienen. Aber höhere Löhne sind nur unter bestimmten Voraussetzungen die Folge meines Antrages. Keineswegs bei reellen Verhältnissen. Zunächst ist zu beachten, daß nicht gefordert wird, der Staat solle die Löhne bestimmen. Es sollen ja nur die Löhne gezahlt werden, die als angemessen und üblich gelten, oder die durch Verträge zwischen Unternehmern und Arbeitern vereinbart sind. Wenn Unternehmer und Arbeiter sich im Interesse des sozialen Friedens über Lohn und Arbeitsbedingungen verständigt haben und diese bei allen Arbeiten gelten, die von Privaten ausgeführt werden, kann und soll natürlich der Staat nicht beanspruchen, zu billigeren Löhnen oder schlechteren Arbeitsbedingungen seine Arbeiten ausgeführt zu erhalten, als sie vereinbart sind, wie sie als anständig und üblich gelten. Das würde aber geschehen, wenn etwa ein nicht an die getroffenen Vereinbarungen gebundener auswärtiger Unternehmer um deswillen öffentliche Arbeiten erhielte, weil er infolge schlechterer als die üblichen Arbeitsbedingungen die Submissionspreise zu drücken imstande war. Dieses soll durch den Antrag verhindert werden, und in jedem Falle, wo es verhindert wird, wird allerdings der Staat auch wohl höhere Preise zu zahlen haben. Aber auch nur in solchen Fällen. Wo es eintritt, kann dies Ergebnis den allgemeinen volkswirtschaftlichen Vorteilen gegenüber nicht ins Gewicht fallen. Wo aber der Staat mit Unternehmern arbeitet, die die geltenden Arbeitsbedingungen einhalten, erwachsen ihm keine höheren Ausgaben.

Allerdings ist theoretisch zuzugeben, daß erhöhte Ausgaben für den Staat durch strikte Bindung an die Vorschrift, die Arbeiten an solche Unternehmer zu vergeben, die tarifliche Bedingungen einhalten, eintreten können. Es träfe dann zu, wenn der von der Kommissionsmehrheit erwähnte Fall eintreten würde, daß Unternehmer und Arbeiter eines Spezialberufes gemeinsam und geschlossen gegen den Staat vorgingen. Aber dieser Fall ist nur theoretisch denkbar; in der Praxis wird er nicht eintreten. Es bliebe immer die eigene Regie des Staates, die solches Vorgehen sofort vereiteln würde.

*) Am Jahresschluß 1907 zählten die gewerkschaftlichen Organisationen in Lübeck 10 008 Mitglieder; sie hatten eine Jahreseinnahme von 321 739 Mk., darunter an Beiträgen 247 919 Mk. Diese Organisationen sind das Mittel, den Arbeitern die vereinbarten Löhne zu sichern, von dem im Mehrheitsbericht die Rede ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 21. April.

Achtung, Tapezierer! über die Firma Fr. Schramm, Mühlenstraße, ist die Sperre verhängt worden. Wir bitten das zu beachten.

Achtung Maurer! über sämtliche Putzarbeiten des Verwaltungsgebäudes des Steuerbureaus, Firma Görner und Heidenreich, ist seitens des Zweigvereins die Sperre verhängt. — Der Zuzug von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten.

Achtung, Steinsetzer und Hilfsarbeiter! Zuzug ist fernzuhalten nach Lübeck, Lübtheen, Dassow, Klütz und Neumünster.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen beschlossen die bei den Holzspediteuren beschäftigten Arbeiter.

Einen Unterhaltungsabend hatte zum 1. Ostertag der Turnhallenbauverein im Vereinshaus arrangiert. Derselbe war äußerst stark besucht. Die gebotenen Darstellungen fanden den lebhaften Beifall der Besucher. Hoffentlich hat dieser Abend mit dazu beigetragen, dem Verein weitere Anhänger zuzuführen.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag abend statt; dieselbe wird sich auch mit dem Ankauf der Lübecker Straßenbahn zu befassen haben.

Der siebente Jahresbericht des Arbeitersekretariats in Lübeck ist soeben erschienen. Aus demselben ergibt sich, wie ungeheuer wichtig und nützlich dieses von der organisierten Arbeiterschaft Lübecks ins Leben gerufene und unterhaltene Institut ist. Wir können der Arbeiterschaft das Studium dieses Berichts, auf den wir noch zurückkommen werden, eindringlichst empfehlen.

Weiße Ostern. Der Monat April ist bekanntlich ein sehr veränderlicher Geselle; man kann sich auf ihn gar nicht verlassen. Einen Tag regnet es, am andern wieder lacht warmer Sonnenschein und bald darauf wirbelt die Luft voller Schneeflocken. Nachdem am Karfreitag das herrlichste Frühlingswetter den Aufenthalt im Freien angenehm machte, regnete, schneite und fror es an beiden Ostertagen derartig, daß man keinen Hund auf die Straße schicken mochte. Die Landschaft bot das Bild eines trüben Wintertages. Darunter werden die Wirte vor den Toren, die auf zahlreiche Ausflügler gerechnet hatten, besonders gelitten haben. Die Theater, Konzerte und städtischen Vergnügungsetablissements erfreuten sich dagegen eines recht starken Besuches.

Nationale Schweineseuche. Auf dem Gehöfte des Fritz Torn in Sierksrade ist die Schweineseuche ausgebrochen. Der Schweinestall des Genannten ist unter Sperre gestellt.

Handelsregister. Am 13. April 1908 ist bei der Firma Lübecker Bierdruckapparate- und Armaturen-Fabrik Heinr. Dräger in Lübeck eingetragen: Der Geschäftsbetrieb nebst den Aktiven und Passiven, sowie allen Patent-, Muster- und Markenrechten ist auf die offene Handelsgesellschaft in Firma Drägerwerk Heinr. und Bernh. Dräger in Lübeck übergegangen. Die Firma ist erloschen.

Güterrechtsregister. Am 16. April 1908 ist bezüglich der Ehe des Handlungsreisenden W. E. Grether und seiner Ehefrau C. A. E. geb. Schwarze in Lübeck eingetragen: Durch Vertrag vom 17. März 1908 ist Gütertrennung vereinbart.

Vereinsregister. Am 15. April 1908 sind eingetragen: 1. der Lübeck-Travemünder Lawn-Tennis-Verein, 2. der Svenska Föreläsningsföreningen i Lübeck, beide mit dem Sitz in Lübeck.

ph. **Festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Stapelfeldt wegen groben Unfugs, Widerstandes und Beamtenbeleidigung. Ebenfalls festgenommen wurde eine Ehefrau aus Schönböcken, gegen die von der Staatsanwaltschaft in Kiel wegen Brandstiftung Haftbefehl erlassen ist.

bp. **Ein Hund abhanden gekommen.** Vor zirka 4 Wochen ist einem hiesigen Kaufmann auf dem Wege zum Bahnhof ein schwarz und braun gezeichneter Leonberger Hund abhanden gekommen. Der Hund, welcher vermutlich widerrechtlich einbehalten wird, ist zirka 6 Jahre alt, 80—90 Zentimeter hoch und hinkt etwas mit dem rechten Hinterfuß.

Gnissau. Eine Volksversammlung, die sehr gut besucht war, tagte hier am 1. Ostertage im Hause des Herrn Heick. Genosse Stelling-Lübeck behandelte in eingehender Weise die gegenwärtige politische Lage und schloß mit der Mahnung, für die im Herbst stattfindenden oldenburgischen Landtagswahlen eine rege Propaganda zu entfalten. Genosse H. Fick-Stockelsdorf schloß die Versammlung mit einem kräftigen Schlußwort.

Mölln. Achtung! Die Frühjahrskontrollversammlung in Mölln findet für die aus der Stadt Mölln erscheinungspflichtigen Mannschaften am 25. April, vormittags 11 Uhr, beim Schützenhofe statt. — Ortskrankenkassenversammlung. Nachdem am Dienstag die Vertreterwahl zur Generalversammlung der gemeinsamen Ortskrankenkasse stattgefunden, beruft der Vorstand die Generalversammlung zum Sonnabend, 25. April, abends 8½ Uhr, ein; sämtliche Vertreter müssen ihr Erscheinen als Pflicht betrachten.

Nortorf. Wildernde Hunde zerrissen auf der Eisendorfer Feldmark mehrere Schafe. Als Täter wurden die Hunde eines hiesigen Fabrikbesitzers festgestellt. Im vorigen Jahre wurden einem dortigen Landmann an einem Tage 8 Schafe und 15 Lämmer von Hunden totgebissen, ohne daß der Besitzer derselben ermittelt werden konnte.

Wilster. Gesunkenes Schiff. In der Nacht zum Sonnabend sank vor dem Getreidespeicher des Herrn Gustav Lumpe der mit Gerste beladene Ewer des Schiffers Möller hier. Die Schifferfamilie rettete sich mit genauer Not. Das Wasser war schon in der Kajüte, als die Familie erwachte.

Rostock. Zur Maifeier nahm eine überfüllte Parteiversammlung in Rostock Stellung. Nach einem Referate des Parteisekretärs Genossen Kröger wurde ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag mit überwiegender Majorität angenommen, der dahin ging, die Maifeier in altgewohnter Weise zu begehen. Die Schaffung eines Unterstützungsfonds nach den Vorschlägen des Parteivorstandes und der Generalkommission wurde abgelehnt. In den Gewerkschaften soll, wie in früheren Jahren, für die Arbeitsruhe Propaganda gemacht werden. — Das Gewerkschaftskartell in Güstrow nahm in Sachen der Maifeier die Resolution an: „Das Kartell lehnt die zwischen Parteivorstand und Generalkommission getroffenen Vereinbarungen als unannehmbar ab. Das Kartell erblickt in diesen Abmachungen den Versuch, die Arbeitsruhe am 1. Mai indirekt zu beschränken und in diesem Sinne auf die Gewerkschaften einzuwirken. Den weiteren Versuch, die von den zentralen Körperschaften gefaßten Beschlüssen den Parteigenossen bezw. Gewerkschaften ohne weiteres zu oktroyieren, weist das Kartell, als gegen das Prinzip der Zentralisation verstoßend, zurück. Vom nächsten Parteitag und Gewerkschaftskongreß wird Neuregelung der Frage verlangt."

Theater und Musik.

Im Stadthallen-Theater gastierte an den beiden Ostertagen ein aus Berliner Künstlern bestehendes Ensemble unter Leitung der bekannten Tragödin Rosa Poppe vom Kgl. Schauspielhaus in Berlin. Am Sonntag gelangte vor sehr gut besuchtem Hause Grillparzers „Sappho" zur Aufführung. Am Montag gab es den dritten Teil der Trilogie „Das goldene Vließ" von Grillparzer „Medea." Frau Poppe spielte die Titelrolle mit der Meisterschaft, welche der Künstlerin ihren Weltruf eingetragen hat; jede Regung des Gefühls, jeder Ausbruch von Leidenschaft, Haß und Liebe fand in Mimik, Sprache und Geberde den treffendsten Ausdruck. An der Medea der Frau Poppe gibt es nichts zu kritisieren, sondern nur zu bewundern. Der Jason fand in Herrn Eisfeldt vom Deutschen Theater in Berlin einen tüchtigen Vertreter, ebenso die Kreuse in Frl. Hübler; beide reichten jedoch an die Größe einer Poppe nicht heran. Das Publikum nahm die Vorstellung mit Begeisterung auf; einige der anwesenden Zuschauer, die nicht gerade auf den billigeren Plätzen saßen, bewiesen ihr Kunstverständnis gelegentlich durch verhaltenes einfältiges Gelächter.

P. L.

Hansa-Theater. Am Sonnabend hat das Berliner Apollo-Ensemble in Lübeck seinen größten Erfolg erzielt, und zwar mit der Operette „Die Liebesfestung" von Bogumil Zepler. Das Werk ist auch in textlicher Beziehung weit besser, als manche der neueren Operetten, Witz und komische Situationen sind vorhanden; dazu die prickelnde, leichtflüssige Musik und die hübschen Melodien, die den Sängern in den Mund gelegt werden. Die Direktion des Apollo-Ensembles hat nun für die Operette einen Rahmen geschaffen, wie er glänzender schlechterdings nicht gedacht werden kann. Die Kostüme und Uniformen waren reich und farbenprächtig. Dazu das „Nürnberger Spielzeug" benannte Ballett, das Erinnerungen an die in Lübeck von früher noch in bestem Andenken stehende „Puppenfee" wachruft. Signorina Ripamonti, die Solotänzerinnen Fidardi und Zimmermann sowie der Ballettmeister Ceruti zeigten sich wieder als vortreffliche Vertreter der graziösen Kunst Terpsichorens. Von den Künstlern, die den vokalen Teil der Operette auszuführen hatten, verdienten Frl. Sommerfeld und Herr Buda ganz besondere Anerkennung. Erstere erfreute außer durch gewinnende Erscheinung, gesangliche Tüchtigkeit und natürliche Anmut noch durch ihre eleganten Toiletten; Buda dagegen war als Oberst Gaston einfach unübertrefflich. Von den übrigen Mitwirkenden seien noch die Damen Hané und Roesgen sowie die Herren Wendt und Bauer genannt. Das Hansa-Theater war am Sonnabend fast ausverkauft; die „Liebesfestung" dürfte bei weiteren Aufführungen gleichfalls von zahlreichem Publikum belagert werden.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 20. April. Der Kochlehrling Rütting, der von seinem in der Anhaltischen Straße beschäftigten Küchenchef Bülow mehrfach wegen Vergehen gezüchtigt worden war, lauerte diesem heute auf, gab mehrere Revolverschüsse auf ihn ab und verletzte ihn tödlich.

Berlin, 20. April. Aus dem Moabiter Untersuchungsgefängnis sind gestern drei Gefangene ausgebrochen. Zwei entkamen, während der dritte wieder gefaßt wurde.

Wirsitz (Regbz. Bromberg), 18. April. Der auf dem Gute Kraczke, Kreis Wirsitz, angestellte Förster erschoß Freitag morgen den Gutsverwalter Stazkowiak, der im Garten des Försters weilte. Es handelt sich anscheinend um einen Racheakt, da dem Förster zum 1. Juli seine Stellung gekündigt war.

Bartenstein. 18. April. Aus Schippenbeil wird gemeldet: Bei einer Kahnpartie, die gestern sieben Personen in einem neugezimmerten Kahn auf der Guber unternahmen, geriet der Kahn in einen Strudel und alle Insassen stürzten ins Wasser, drei ertranken.

Olpe (Prov. Westfalen), 18. April. Bei einem großen Brande kam der Schneidermeister Quast, seine 70jährige Mutter und sein drei Monate altes Kind ums Leben. Die Ehefrau Quast und ein zwei Jahre altes Kind konnten gerettet werden; die Frau ist wahnsinnig geworden.

Essen a. d. Ruhr, 18. April. Heute vormittag fand auf dem Meisterbureau des Kruppschen Puddelwerkes eine Explosion statt, wodurch das ganze Inventar zertrümmert wurde. Ein Meister wurde schwer und ein Lehrling leicht verwundet. Die Ursache der Explosion ist noch nicht aufgeklärt.

Düsseldorf, 18. April. In Rausrath wurden zwei vierjährige Kinder vom Automobil des Ingenieurs Wolfferts aus Düsseldorf überfahren. Das eine Kind geriet unter die Räder und war sofort tot, das andere wurde von der Laterne des Automobils gegen einen Laternenpfahl geschleudert und schwer verletzt.

Würzburg, 18. April. Ein Raubmord ist bei Dettelbach verübt worden. Dort wurde die 26jährige Tagelöhnerin Anna Pfau an einem Feldweg als Leiche furchtbar verstümmelt aufgefunden. Das Gehirn war bloßgelegt, der Zopf abgerissen, der Mund durch einen Knebel verstopft. Der Täter, ein Dienstknecht aus Schernau, ist flüchtig.

Wien, 18. April. In Steinamanger (Ungarn) herrscht eine schreckliche Typhus-Epidemie. Die Soldaten der Garnison dürfen die Kasernen nicht verlassen. Die Schulen sind geschlossen. Handel und Verkehr ruhen vollständig. Bisher sind 186 Personen erkrankt, und es sind viele Todesfälle vorgekommen.

Luzern, 18. April. In Römerswyl hat eine plötzlich irrsinnig gewordene Frau gestern ihre fünf Kinder getötet, indem sie ihnen mit einer Axt den Schädel einschlug.

Winnepeg, 18. April. Aus Calgary wird gemeldet, daß im Albert Cannon in den Rocky Mountains eine Schneelawine niederging, die den Eisenbahndamm und die Wohnräume der Eisenbahnarbeiter in die Felsenschlucht hinabriß. Dreißig Japaner wurden getötet.

Mailand, 18. April. Bei der Belastungsprobe stürzte ein neugebauter dreistöckiger Flügel des Hauses des Konsumvereins Unione Cooperativa ein. Zehn Arbeiter wurden unter den Trümmern vergraben. Der bauführende Ingenieur erlitt vor Aufregung einen Schlaganfall und starb kurz darauf. Die verschütteten Arbeiter dürften gleichfalls tot sein.

Mailand, 20. April. In der vergangenen Nacht stieß bei Sesto Calende ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen; 10 Personen erlitten Verletzungen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G.M.B.H. LÜBECK

Wir haben durch Zufallskauf

Ca. 15000 Meter Wollstoffe Seidenstoffe Elsäß. Druckstoffe

übernommen, welche wir bei schärfster Kalkulation zu spottbilligen Preisen von heute ab herausbringen.

Wollstoffe

Posten I — Reinwollene Voiles und doppeltbreite Taffet-Caros
Sonstiger Preis 1.80 bis 2.00 Mk. Durch Zufallskauf Meter **95** Pfg.

Posten II — Bordüren-Stoffe m. breiten Seiden-Satin-Effecten u. elegante engl. Blusenstoffe
Sonstiger Preis 2.00 bis 2.50 Mk. Durch Zufallskauf Meter **1.25** Mk.

Posten III — Hochelegante Tailormade-Stoffe und reiche Bordüren-Neuheiten bis 115 cm Breite
Sonstiger Preis 2.80 bis 3.50 Mk. Durch Zufallskauf Meter **1.95** Mk.

Sämtliche Stoffe sind übersichtlich auf Extra-Tischen ausgelegt!

Prächtige Seidenstoffe

Serie I — Gestreifte und karierte reinseidene Louisine
Sonstiger Preis 2.25 Mk. Durch Zufallskauf Meter **1.50** Mk.

Serie II — Gestreifte Bastseide-Libertys und karierte Taffette
Sonstiger Preis 3.00 bis 3.50 Mk. Durch Zufallskauf Meter **1.75** Mk.

Serie III — Reiche reinseidene gestreifte und karierte Stoffe
Sonstiger Preis 3.50 bis 4.50 Mk. Durch Zufallskauf Meter **2.25** Mk.

Wir bieten durch dies Angebot eine **allererste** selten wiederkehrende **Kauf-Gelegenheit!**

Elsässer Druckstoffe

Stapel I — Reinwollene Mousseline — Bedruckte Seiden-Satins und moderne Bordüren-Mousselinette
Durch Zufallskauf Meter 85 u. **65** Pfg.

Stapel II — Weisse gemusterte Batiste 80 cm breit und Seiden India-Mull 120 cm breit
Durch Zufallskauf Meter **75** Pfg.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 93. Dienstag, den 21. April 1908. 15. Jahrg.

Ein Geistlicher über Sozialdemokratie und Christentum.

Die Geistlichen aller Konfessionen gehören in der Regel zu den gehässigsten Gegnern der Sozialdemokratie. Ab und zu findet sich aber einer, der den guten Willen hat, die Sozialdemokratie zu verstehen. Zu diesen gehört anscheinend der Nürnberger Hilfsgeistliche W. Stählin. Er ist kein Sozialdemokrat, im Gegenteil, er erklärt, die Sozialdemokratie überwinden zu können — durch das Christentum.

Vor einiger Zeit hielt dieser Geistliche im Evangelischen Arbeiterverein Nürnberg einen Vortrag über Christentum und Sozialdemokratie. Wenn dieser Vortrag auch vieles Unrichtige und Naive über Sozialdemokratie und die moderne Arbeiterbewegung enthält, so ist manches dort Gesagte doch wert, es zu hören.

So sagt Herr Stählin in bezug auf die soziale Tätigkeit der christlichen Kirche: „Gerade der Sozialdemokrat hat ein feines Gefühl dafür, wie unwürdig einer christlichen Kirche es ist, wenn es Taufen erster, zweiter und dritter Klasse gibt". Er ist empört darüber, daß eine Beerdigung 2. Klasse 20 Minuten, eine solche 3. Klasse 10 Minuten dauern soll. „Die unheilvolle Verbindung der Kirche mit dem Gelde hat viele Arbeiter der Kirche entfremdet. Wer wollte leugnen, daß die Kirche ihre sozialen Pflichten sehr mangelhaft erfüllt hat. Man hätte viel mehr Ernst damit machen können, daß vor Gott alle Menschen gleich sind; man hätte nicht dem berühmten Zehngebote-Hoffmann den Nachweis überlassen dürfen, daß die Kirche gerade die besseren Stände und ihre Sünden mit besonderer Rücksicht behandelt. Dazu kommt ein weiteres: Die christliche Liebestätigkeit hat viel zu sehr den Fehler gemacht, Almosen zu geben, Wohltätigkeit zu erweisen, statt dafür zu kämpfen, daß jedem das Recht zuteil werde, das er zum menschenwürdigen Dasein braucht! Nicht Gnade, sondern Recht wollen die Sozialdemokraten; ihr Kampf ist im Grunde derselbe, dem der große Franzose Zola sein Hauptwerk Trois villes gewidmet hat: Nicht charite, sondern justice. In der Sprache der Sozialdemokratie heißt das alles: „die Kirche gehört zu den Besitzenden, sie ist auf Seite des Kapitals, so ist sie unsere natürliche Feindin."

In bezug auf die Bildungsbestrebungen der Sozialdemokratie sagte Herr Stählin: „Es ist ja gerade die sozialdemokratische Partei, welche Aufklärung der Massen auf ihre Fahne geschrieben hat. Die Gewerkschaften haben gute Bibliotheken, die Büchereien der Jugendvereine übertreffen unsere christlichen Jünglingsvereins-Bibliotheken bei weitem an wirklich belehrender Lektüre. Nebenbei bemerkt: Als ich vor einigen Wochen die Thomaskneipe der freien Gewerkschaften besuchte, musterte ich sehr eingehend die ausliegenden Jugendschriften; mein Urteil darüber kann ich dahin zusammenfassen: es war kein Buch darunter, das ich nicht gerne irgend einem Knaben auf den Weihnachtstisch gelegt hätte. Die Ergebnisse gewissenhafter Forschung sind von der stolzen Höhe der Universitäten in die schlichten Arbeiterwohnungen gewandert."

„Der ernsteste und schlimmste Vorwurf, welchen die Sozialdemokratie" spricht der Geistliche weiter — „dem ganzen Christentum macht, ist der, es vertröstet die Leute immer auf ein besseres Jenseits: Abstinenz auf Erden und Zuckererbsen im Himmel, wie J. Dietzgen in seinen Kanzelreden über die Sozialdemokratie sagt. Das ganze Leben des Arbeiters wurzelt im Diesseits; der Kampf ums Dasein nimmt die ungeteilte Kraft in Anspruch — es ist nicht die Schuld des einzelnen, es ist die ganze Zeitströmung mit ihrem Kulturstreben, ihren Maschinen, ihrem Verkehr, ihren Zukunftshoffnungen, welche das ganze Denken und Wollen der Menschen im Diesseits aufgehen läßt. Nicht nur als Forderung zum zügellosen Genießen, nein, wahrhaftig auch als ernste Forderung zielbewußter Arbeit zum Heil der Menschheit tönt es uns entgegen: Macht hier das Leben gut und schön!

„Das Christentum aber wurzelt in einer Zeit, die das Weltende nahe glaubte; die gespannte Zukunftserwartung des Urchristentums kann heute niemand zurückzaubern. Wir können auch hier die Kirche nicht von aller Schuld freisprechen. Es ist nicht so ganz unrichtig, wenn gesagt worden ist: die Arbeiter verschmähen den Trost des Evangeliums, weil man das Evangelium benützt hat, um sie über ihr Elend zu beruhigen."

In längeren Ausführungen sucht der Geistliche alsdann den Nachweis zu führen, daß einige ganz zentrale Forderungen der Sozialdemokratie in der Gedankenwelt Jesu ihre Parallelen haben. „Man kann" — so meint er — „die grundsätzliche Kritik, welche heute von der Sozialdemokratie an jeder Ausbeutung von Arbeitskraft geübt wird, nicht schärfer ausdrücken und ihr kein klareres Programm entgegenstellen, als das Wort Jesu: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Das Recht auf Arbeit und der Wert der Arbeit werden von den Sozialisten energisch betont; und zugleich ist etwa die Kunst des Belgiers Konstantin Meunier, der die innere Größe, den Stolz und die Tragik der Arbeit so ergreifend plastisch zu gestalten wußte, eine im tiefsten Sinne christliche Kunst."

„Wenn Jesus seinerzeit die Krankheiten vor allem deswegen bekämpft hat, weil sie der göttlichen Bestimmung des Menschen entgegenstehen, so würde er heute seine Stimme erheben gegen jeden Mißbrauch des menschlichen Körpers zur bloßen Arbeitsmaschine. Das Verlangen der Arbeiter nach menschenwürdigem Dasein hat die Autorität Jesu für sich; der Gegensatz wäre vielleicht nicht so groß geworden, wenn die Kirche Christi in seinem Namen gekämpft hätte gegen Wohnungsnot, gegen die Zerstörung des Familienlebens durch die Fabrikarbeit der Frauen, gegen die Gefährdung der heranwachsenden Generation durch Ueberlastung mit Heimarbeit."

„Es steckt" — so meint der Geistliche weiter — **„eine ungeheure Kraft in der Internationalität der Sozialdemokratie.** Darin liegt vielleicht eine der wichtigsten Beziehungen zwischen Christentum und Sozialdemokratie; beide kämpfen für ein ganz bestimmtes erhabenes Ziel; die Sozialdemokraten für einen völkerbefreienden und völkerverbindenden Zukunftsstaat, das Christentum für das Reich Gottes, das nicht von dieser Welt."

Die gelben und christlichen Gewerkschaften kommen bei dem Geistlichen Stählin sehr schlecht weg; er sagt darüber: „Allgemein ist der Haß gegen die „Gelben"; denn diese erkaufen sich selbst ein ruhiges Dasein, indem sie auf die Möglichkeit verzichten, mit anderen gemeinsame Sache zu machen. Ebenso allgemein ist die Feindschaft gegen die „Christlichen" — denn die Zersplitterung der Arbeiterbewegung raubt die Stoßkraft, die der Einigkeit innewohnt. Verachten wir dieses tatsächliche Zusammengehörigkeitsgefühl nicht! Es steckt darin ein Stück Christentum.

Ganz kann natürlich auch dieser Geistliche seine Genugtuung über die Zersplitterung der Arbeiterbewegung nicht unterdrücken. Er sagt: „Der Kampf, der die Arbeiterschaft selbst spaltet, kann und wird der Sozialdemokratie an vielen Orten den Besitzstand streitig machen; das Emporblühen der christlichen Gewerkschaften ist ein bedeutungsvolles Symptom. Dennoch: sie sind ein notwendiges Übel. Notwendig bleiben sie überall da, wo die freien Gewerkschaften in ihren Reihen ein entschiedenes Christentum nicht aufkommen lassen. Aber nicht nur vom Standpunkt der Sozialdemokratie, sondern auch von unserem eigenen aus **müssen wir in den christlichen Gewerkschaften ein Übel erblicken.** Einmal werden sie den freien Gewerkschaften manche edlen Männer entziehen, die dort im Sinne einer Verchristlichung tätig sein könnten. Ich gestehe offen — heißt es weiter — ich würde nie einem christlichen Sozialdemokraten den Austritt aus seiner Partei empfehlen, so lange er dort bleiben kann; gerade er kann, wenn es ein tapferer Mann ist, dem Christentum unschätzbare Dienste leisten. Unwillkürlich überträgt sich der begreifliche Haß gegen die Christlichen auf die Religion, nach der sich die Christlichen — vielleicht nicht ganz glücklich — nennen. Die Existenz der christlichen Gewerkschaften ist die unschuldige Ursache davon, daß mehr als früher „Christ" zum Schimpfwort im Munde des sozialdemokratischen Arbeiters geworden ist."

Nach mehr oder weniger unrichtigen Bemerkungen über die Moral innerhalb der Arbeiterbewegung heißt es weiter: „Achten wir lieber auf die sympathischen, oft bewunderungswürdigen Züge, die uns hier (bei den sozialdemokratischen Arbeitern) entgegen treten. Es ist ein hartes, freudenarmes Leben, das die meisten führen; und gerade hier zeigt sich oft ein rührender Familiensinn, der den Spießbürger, der jeden Abend beim Bier sitzt, beschämen könnte; die Ehe wird im allgemeinen in den Vorstädten treuer gehalten, als in den schönen, reichen Vierteln. Vielleicht fehlt nirgends das warme Herz für den sozialdemokratischen Arbeiter so sehr, als im Mittelstand."

Der Prediger schließt mit den Worten: „Wenn wir in diesem großen Kampfe zwischen Sozialdemokratie und Christentum mitkämpfen wollen auf seiten des Christentums, dann können wir nur eins tun: **selbst mit dem Christentum ernst machen,** daß wir selbst mit unserem Arbeiten und Streben nicht aufgehen im Irdischen, sondern die Seele höher achten als den Leib, daß wir jeden Mitmenschen, auch den Sozialdemokraten, ansehen als einen, der genau so viel Recht und Anspruch auf ein wahrhaft menschenwürdiges Dasein hat — das allein ist der Kampf, den wir gegen die Sozialdemokratie führen können."

Wir haben den zweifellos ehrlich gemeinten Worten des Geistlichen nur den Wunsch hinzuzusetzen, er möchte bei denen, für die sein im Druck erschienener Vortrag bestimmt ist, nicht taube Ohren vorfinden.

Die moderne Schundliteratur.

Über Indianer- und Backfischgeschichten sprach kürzlich in Dresden der Hamburger Hauptlehrer Heinrich Wolgast. Er führte etwa folgendes aus: Indianergeschichten im eigentlichen Sinne erscheinen kaum noch, dafür die dünnen farbigen Hefte mit den abschreckenden Titelbildern, die man an den Schaufenstern der Winkelbuchhandlungen und Ansichtspostkartenverkäufer sieht: Seeräuberbücher (Schwarze Flagge), Räubergeschichten (Das schwarze Buch), Detektivgeschichten (Nic Carter, Sherlock Holmes, Weibliche Detektives) usw. Diese Bücher spekulieren auf die äußerste Sensation, auf die

Der Bekehrte.

Erzählung von Friedr. Gerstäcker.

(4. Fortsetzung.)

Vater Antonius war aber nicht der Mann, böse oder ärgerlich darüber zu werden. Er nahm den Fremden wie er war, aufbrausend im Anfang, aber dann doch auch seinen Verstand, seine Überlegung gebrauchend. So, als Patrick endlich, mehr aus Mangel an Luft als Argumenten einen Augenblick schwieg, wieder Atem zu schöpfen, begann er mit ruhiger Stimme seine Verteidigung.

Was hatte er mit den weltlichen Absichten seines Beichtkindes zu tun oder zu schaffen, wo seine Aufgabe nur gewesen war, ihn auf den Himmel und die einstige Seligkeit vorzubereiten. Ja, war er je von dem Bekehrten selber zum Vertrauten seiner Herzensangelegenheit gemacht worden? Nie, Patrick mußte ihm das selber zugestehen, und weshalb ihn also mit Vorwürfen überschütten, die er nicht verdient?

Der ehrliche Patrick, der dem gewandten Pater überdies nicht in seiner Anwendung von Argumenten gewachsen, und wohl mit den Fäusten, nie aber mit Worten und Spitzfindigkeiten zu kämpfen gewohnt war, fühlte bald, wie ihm hier der Boden unter den Füßen schwand. Sein Zorn kehrte sich aber desto heftiger gegen die betrügerische Alte, gegen die falsche Geliebte, die ihr schändliches, sündhaftes Spiel mit ihm getrieben, und Rache und Genugtuung schwor er an beiden zu nehmen, und sollte er darüber zugrunde gehen.

Auch hierbei ließ ihn der Geistliche erst vollkommen austoben, und zeigte ihm dann mit einfachen, klaren Worten nicht allein das Törichte und Wahnsinnige, nein auch das vollkommen Nutzlose solcher Vorsätze.

Sie lebten hier in einem streng katholischen Lande, wo schon der Protestant bei einem ganz gewöhnlichen Streit und Rechtsfrage im Nachteil gegen den Katholiken war. Hier aber handelte es sich gerade um einen Glaubenspunkt. Ihm, den Fremden, war ein Heil widerfahren, daß er Freunde gefunden hatte, die sich seiner und seiner Seele annahmen, und die vermeintliche Bosheit der Sennora Santilla nichts gewesen als wahre und wirkliche Zuneigung, mit der sie sich zu dem Fremden hingezogen fühlte, und dem sie, selbst wider seinen Willen vielleicht, eine bleibende Wohltat zu erzeigen wünschte. Der Geistliche verwies ihn dabei auf den Brief, den Patrick noch immer uneröffnet in der Tasche trug, und der Inhalt sollte bald vollkommen Zeugnis für seine eigene aufgestellte Meinung ablegen.

Sennora Santilla setzte ihn darin mit klaren dürren Worten von der Vermählung ihrer Tochter Beatriz mit Don Carlos San Jago, zweitem Polizeidirektor der Argentinischen Republik zu Mendoza, in Kenntnis und bat ihn, sich die Sache, wenn er wirklich ihre Tochter geliebt habe, nicht zu Herzen zu nehmen, denn die jungen Leute seien schon seit zwei Jahren miteinander verlobt. Dabei entschuldigte sie sich der List wegen, die sie, wie Beatriz gebraucht, den fremden Ketzer dem allein wahren Glauben zuzuwenden. Sie hätten ihn aber beide seines ehrlichen, wackeren Wesens wegen in der Zeit seines Aufenthalts zu Santa Rosa lieb gewonnen, und mit der Furcht für sein einstiges Seelenheil bald eingesehen, daß er auf keine andere Weise ihrem Glauben zu gewinnen wäre. Seine unsterbliche Seele sei jetzt gerettet, und Sennora Santilla fest überzeugt, er werde ihr wohl die „kleine unschuldige List" verzeihen und in seinem Herzen ihr ewig die wohltägige Verwandlung danken.

Der Brief erging sich dann noch eines Breiteren über den Fall; der ganze Sinn war aber doch nur einfach der oben angedeutete: daß sie nämlich kein anderes Mittel gewußt hätten, ihn für ihren Glauben zu gewinnen und sich im Gebrauche desselben nicht allein vollkommen gerechtfertigt hielten, nein auch sogar noch Dank erwarteten.

Patrick war in einer höchst fatalen Lage, und so bös und ärgerlich er im Anfang gewesen, so schmerzlich ihn der Verlust des schönen Mädchens später berührt hatte, so deutlich fühlte er doch auch, als er am andern Morgen die Sache ruhig überlegte, daß ihm hier nicht das geringste zu tun übrig bliebe, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Dem betrügerischen Bräutigam, der sich natürlich noch über seine Leichtgläubigkeit ins Fäustchen gelacht, zu folgen und ihn windelweich zu schlagen, war allerdings sein erster Gedanke. Dann überlegte er aber, daß die Sache zwei nicht unbedeutende Schwierigkeiten habe. Erstlich wohnte der Mann jetzt an der entgegengesetzten Seite der Kordilleren, und dann war er Polizeidirektor in der Argentinischen Republik. Vor der Polizei hatte er allen möglichen Respekt, und mit Rosas Regierung war es doppelt gefährlich anzubinden.

Überhaupt wollte es ihm beinahe bedünken, als ob er doch eigentlich hier recht ordentlich zum Narren gehabt und angeführt sei, und wie auch das Resultat ausfalle, die andere Partei würde jedenfalls, sobald er die Sache noch weiter aufrühre, die Lacher auf ihrer Seite haben. Ganz Chile brannte ihm bald unter den Füßen — und wenn seine Landsleute erst erfuhren, was hier geschehen sei — er durfte nicht daran denken.

Jetzt war er nun Katholik, und was hatte es ihm geholfen? Ja, wenn er — ein Lichtstrahl schoß durch seine Seele.

„Ich hab's," rief er, und sprang von dem Felsblocke, auf dem er draußen am Fuße der Berge gesessen, ungestört seine Pläne fassen und überdenken zu können, empor —, ich hab's, und die — Bande hier soll nicht länger über Patrick lachen dürfen."

5.

Am nächsten Morgen war Patrick aus Santa Rosa mit Sack und Pack verschwunden. Boten wurden allerdings nach Mendoza hinübergeschickt, die jungen Eheleute zu warnen, denn man fürchtete von dem tollen Iren, der keine Vernunft schien annehmen zu wollen, das Schlimmste. Nirgends aber konnte man eine Spur von ihm entdecken, und dies fatale Gefühl der Unsicherheit, das Don Carlos San Juan besonders in der nächsten Zeit empfand, mochte ihn wenigstens in etwas für die an dem Fremden geübte List bestrafen.

Patrick dachte aber gar nicht daran, sich erst von den Chilenen auslachen zu lassen, und dann auch noch sein Leben den Messern der Argentinier preiszugeben. An der Sache selber ließ sich doch nichts mehr ändern, Beatriz war verheiratet und er Katholik, und jetzt den größtmöglichsten Nutzen für sich selber daraus zu ziehen, sein einziges Ziel. Und das lag in Irland.

Im Hafen von Valparaiso ankerte ein nach Liverpool bestimmtes deutsches Schiff. Der Kapitän brauchte glücklicherweise Matrosen, da ihm einige entsprungen waren, ihr Glück in den kalifornischen Minen zu suchen, und wenige Tage später segelte Patrick O' Kearney unter einem angenommenen Namen der alten Heimat wieder zu.

perverse Lüsternheit. Sogar die Geschichte des Krieges von 1870/71 wird (in den Hurrageschichten) mit eingehenden Schilderungen bestialischer Vorgänge, grauenhafter Grausamkeiten verschändet.

Diese abscheulichen Bücher, die sogar die vielheftigen Kolportageromane zurückgedrängt zu scheinen haben, werden von den Jungen und von den Eltern geradezu verschlungen. Ein Haupttrick besteht darin, daß in endlosen Reihen immer derselbe Held auftritt und daß am Schlusse immer das neue Heft angekündigt wird, als Anreiz, auch dieses kommen zu lassen. Vorbild dieser Geschichten ist Karl May, der sich immer als Held seiner eigenen Erzählungen darstellt, und während er in diesen durch die südamerikanischen Pampas, durch Afghanistan, Indien usw. reist und als bewunderuswürdiger Held die fabelhaftesten Abenteuer erlebt, ruhig in seiner Villa in Radebeul sitzt und sich neue Erfindungen gleicher Art aus den Fingern saugt. Bei den neuen Sensationsgeschichten verdient der Zwischenhändler 100 Prozent, in Hamburg werden nach Wolgasts Berechnung jährlich mindestens 500 000 Mark für die Schundbücher weggeworfen, d. h. ebensoviel wie an Schulgeld aufgewendet wird. Ein großes Verdienst würde sich der erwerben, der den geschäftlichen Teil dieser Industrie und die Namen der Verfasser, die Buch für Buch ihr Gift ins deutsche Volk spritzen, ausfindig machte, so daß man sie an den Pranger stellen könnte.

Wolgast kennzeichnete darauf den Inhalt des 60. Bandes der Seeräubergeschichten von Kapitän Morgan: ein grausiger Stoff, die Sprache voll von beschönigenden, aufregenden, verhimmelnden Ausdrücken, das Ganze getragen von einem gespreizten Ernst und von einem gewissen Wohlwollen für den Verbrecher, der seine Schandtaten angeblich aus Edelmut begeht.

Die Folgen dieser Art Lektüre sind einerseits Verbrechen — wie oft hört man bei Gerichtsverhandlungen, daß der Verbrecher durch solche Bücher zu seinen Taten veranlaßt worden ist — anderseits eine vollständige Ertötung des natürlichen Empfindens und des natürlichen Geschmacks. Wolgast belegte das durch schlagende Beispiele.

An zweiter Stelle sprach er über Backfischgeschichten. Während die Detektivromane offenbar nur aus Geldgier geschrieben werden und nur aus Sensation bestehen, walten hier oft die besten Absichten ob, oft auch eine mißleitete Schriftstellereitelkeit; die Verfasserin der Backfischgeschichten will bilden. Bei beiden Gattungen versagt meist die ernste Kritik, von beiden nimmt die Literaturgeschichte gleich wenig Notiz. Beide sind völlig wertlos. Sie bringen in der Darstellung und Entwicklung der Charaktere Unmögliches. Dinge, die es nie gegeben hat und nie geben kann. Während der wirkliche Dichter nur aus innerem Drange und aus der Notwendigkeit des Stoffes schafft, schielen die Verfasserinnen der Backfischgeschichten auf ihr Publikum und fragen sich, was dem Kinde gefällt — Verhimmelung der Helden und Heldinnen, Sentimentalität. An der Geschichte Huberta Sollacher von Frida Schanz legte Wolgast unter großer Heiterkeit der Zuhörer die ganze Lächerlichkeit dieser Sorte von Schriftstellerei dar. Auch auf diesem Gebiete ist die Sensationslust gewachsen. Zumeist handelt es sich um Bekehrung eines Backfisches, der anfänglich trotzig, naschhaft, nachlässig, eitel, ungeberdig, faul ist und nun durch ein bedeutendes Ereignis (Bankrott des Vaters, Tod) plötzlich in seinem Charakter völlig umgewandelt wird. Die größten bedeutsamsten Dinge werden so zu Kleinigkeiten verwendet und umgekehrt, wobei die größten Unwahrscheinlichkeiten unterlaufen. Die Heldinnen werden dabei in süßlichster Weise als wahre Ideale von Lieblichkeit geschildert. Die jungen Mädchen erhalten durch diese Backfischgeschichten ein ganz verkehrtes Bild von Welt und Menschen; sie verlieren den Wirklichkeitssinn, den Grundpfeiler der Wahrhaftigkeit. Sie werden von kleinlichem Egoismus erfüllt und zu eitler Selbstbespiegelung und Empfindlichkeit erzogen. Sie verlieren auch jeden Maßstab für das wirklich künstlerisch Gute, ihr ästhetisches Empfinden wird in ganz falsche Bahnen gedrängt. Beweis: der ungeheure Verbrauch der seichten Familienblatt- und Leihbibliotheks-lektüre.

Gegenüber diesen wertlosen, ja schändlichen Büchern muß der Grundsatz festgehalten werden: eine besondere, eigens zurechtgemachte Jugendliteratur ist überflüssig und vom Übel. Jugendschriften in dichterischer Form müssen Kunstwerke sein. Es gilt nicht, Jugendschriften zu schreiben, wobei fast nur Wertloses herkommt, sondern die vorhandenen Werke wirklicher Dichter für die Jugend zu sichern.

Wolgast betonte zum Schluß, daß etwas geschehen müsse gegen die Überflutung unseres Volkes, besonders unserer Jugend, mit dem Schmutz der Detektivromane. Sicherlich würden alle Parteien bereit sein, gegen diese vergiftenden Erzeugnisse vorzugehen. Man müsse versuchen, ein pädagogisches Gemeininteresse hervorzurufen. Die Eltern, deren Pflicht es ist, die Kinder zu erziehen, müßten dazu gebracht werden, sich mit pädagogischen Fragen zu beschäftigen, über ihre Aufgaben nachzudenken. Millionen, die wir jetzt für Gerichte, Krankenhäuser und Zuchthäuser ausgeben, könnten erspart werden, wenn die Erziehung an den richtigen Stellen einsetzte. Auch von literarischen Erzeugnissen sollten wir der Jugend nur das allerbeste bieten. Die Arbeit für gute gediegene Jugendschriften kommt unserer ganzen Nation zugute.

Und was wollte er dort? Wunderbare Frage: seine Judith natürlich heiraten!

War er nicht ihretwegen Katholik geworden? — hatte er die Trennung von ihr denn ertragen können? Die alte Tante war dann auch schon zu versöhnen, wenn sie ihm des Briefes wegen im Anfang auch noch ein wenig gezürnt hätte. Das Haupthindernis — die Religionsverschiedenheit, hatte er überwunden, alles andere sollte ihm jetzt keine Sorge machen.

Das Schiff lief nach einer raschen und glücklichen Fahrt im Liverpooler Hafen ein. Patrick, der sich nur für die Reise verpflichtet hatte, wurde ausbezahlt, ging dort gleich wieder an Bord eines kleinen Schoners, der, für die Galwaybai bestimmt, vor Anker lag, und landete vier Monate nach seiner Abfahrt von Valparaiso glücklich, und das Herz voll froher Hoffnungen in Iveran.

Es war ihm aber doch ein eigenes Gefühl, mit dem er an dem Abend, nach Dunkelwerden — er wollte sich vorher vor keinem Bekannten auf der Straße sehen lassen — das Haus von Judiths Tante wieder betrat. Ein fremdes Mädchen öffnete ihm hier auf sein Klopfen die Tür.

„Ist Mrs. O'Flannagan daheim?"

„Mrs. O'Flannagan? — Gott segne Euch!" schrie das Mädchen, entsetzt einen Schritt zurückprallend — „davor bewahre uns die Jungfrau Maria, Mrs. O'Flannagan liegt schon seit neun Monaten im Grabe."

„Im Grabe?" rief Patrick bestürzt — „und Judith Mac Neale?"

Ein Freudenschrei antwortete ihm von der anderen Seite der Hausflur, eine Tür flog auf und Judith, das brave, treue, redliche Herz lag weinend und jauchzend an der Brust des Geliebten.

Und verdiente Patrick solch ein Glück? — Das Herz schlug ihm allerdings vor Scham und Reue in der Brust; und es war gut für ihn, daß der düstere Vorsaal sein Rotwerden wie das Verlegene seiner Züge mit wohltätigen Schatten deckte. Judith dachte aber an kein Arges: der Freund war ihr zurückgekehrt, jedes Hindernis, das ihrer Liebe entgegenstehen konnte, entfernt, und sie jetzt glücklich — selig in dem Gedanken, ihm in sich selber die Mittel bringen zu können, mit Fleiß und Arbeit zwar, aber doch sonst ein sorgenfreies Leben zu beginnen.

(Schluß folgt.)

Soziales und Parteileben.

Tarifverhandlungen im Baugewerbe. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe hat die Vorstände der Bauarbeiterverbände erneut zu Verhandlungen in Berlin eingeladen, die am 28. April beginnen sollen und auf drei bis vier Tage berechnet sind. Die Vorstände haben die Einladung angenommen. Es soll über alle noch vorhandenen Differenzpunkte verhandelt werden. Unternehmervertreter werden aus allen Orten, wo noch keine Einigung zustande gekommen ist, anwesend sein; die Zentralverbände werden ihre früheren Unterhändler entsenden und ihre Gauvorsitzenden zur Mitberatung heranziehen. Die früheren Verhandlungsleiter, Dr. v. Schulz, Dr. Prenner und Dr. Wiedfeld, sind wiederum ersucht worden, den Vorsitz zu führen bezw. unparteiischen Rat zu erteilen. Am 28. April wird der Unternehmerbund eine Generalversammlung abhalten, die ev. den Frieden bestätigen oder den Krieg erklären soll.

Die Aussperrung im Malergewerbe Süddeutschlands. Wie wir mitgeteilt haben, hat die mit so großem Tamtam angekündigte Aussperrung der Maler-, Tüncher- und Weißbindergehilfen in Süddeutschland bisher einen ganz anderen Verlauf genommen, als sich wohl die Miniatur-Scharfmacher haben träumen lassen. Nichts destoweniger wird von den Entrepreneuren versucht, obskure bürgerliche Blätter mit Lügenberichten zu versehen, zu dem Zwecke, ihr danebengelungenes Aussperrungsmanöver zu vertuschen und den Zentralverband der Maler als eine so schwache „sozialdemokratische" Organisation hinzustellen, daß er so bald wie möglich zu Kreuze kriechen müsse. So fabulieren die antisemitischen „Hamburger Neuesten Nachrichten" vom 16. April von einer „Riesenaussperrung im Malergewerbe." Am 1. April, heißt es dann weiter, „waren in 30 Städten die Tarife abgelaufen und die Verhandlungen über einen Normal-Tarif für alle in diesem Jahre in Deutschland abgelaufenen Tarifverträge werden dadurch unmöglich gemacht, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Organisationen sich weigerten, in Gemeinschaft mit den Vertretern der christlichen Organisationen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zu verhandeln. Die sozialdemokratische Organisation hat ihre unverheirateten Mitglieder aufgefordert, aus allen Städten, wo die Tarife abgelaufen, sofort abzureisen. Die Malermeister glauben nun, nicht mehr in der Lage zu sein, größere Arbeiten zu übernehmen bezw. anzufangen, da täglich mit Streiks zu rechnen sei. Infolgedessen hat der süddeutsche Gau des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe beschlossen, alle der sozialdemokratischen Organisation angehörenden Arbeitnehmer zu entlassen. Diese Entlassung ist bereits erfolgt, sie betraf etwa 12 000 Gehilfen in den süddeutschen Industriestädten Ludwigshafen, Mannheim, Nürnberg, Fürth, Frankfurt a. M., Darmstadt, Hanau, Höchst, Offenbach, Wiesbaden. Die Aussperrung hat im Lager der Generalkommission Bestürzung hervorgerufen, zumal weitere Aussperrungen in Aussicht stehen. Der Zentralverband der Maler ist eine verhältnismäßig schwache sozialdemokratische Organisation. Er hatte, nach der Aufstellung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Legien, am Schlusse des Jahres 1906 nur 34 769 Mitglieder, im Jahre 1907 hat sich das Bild wenig verändert. Der Vermögensbestand betrug 438 327 Mk., davon in der Hauptkasse 329 300 Mk. Es würden also die 12 000 Ausgesperrten kaum eine Woche über Wasser zu halten sein, denn die übrigen Gewerkschaften haben schlankweg erklärt, daß sie jetzt nicht in der Lage wären, den Ausgesperrten mit nennenswerten Summen beizuspringen. Somit wird dem Verbande wohl nichts übrig bleiben, als nachzugeben, und die christliche Organisation, sowie die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine als gleichberechtigte Faktoren anzuerkennen. Wie uns der Arbeitgeberverband des Malergewerbes mitteilt, wird es sich in den nächsten Tagen entscheiden, wie weit die Arbeitgeber in den Städten Mitteldeutschlands (Dresden, Eisenach, Eisenberg, Leipzig), Rheinland-Westfalens (Münster, Bonn, Opladen, Bad Oeynhausen, Düren) und Norddeutschlands (Hannover-Linden, Göttingen, Bergedorf, Neumünster, Itzehoe, Schleswig, Wismar und Güstrow), wo auch die Tarife abgelaufen sind, gleichfalls Entlassungen vornehmen. Die Mitglieder der Arbeitgeberverbände wurden durch ihre Fachorgane ersucht, Arbeitnehmer aus Orten, wo Lohnbewegungen vorgehen, nicht einzustellen. Malergehilfen, die der christlichen Organisation und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen angehören, werden nicht entlassen, da sie sich bereit erklärten, mit den Arbeitgebern Tarife abzuschließen." — Was von derartigen, wahrscheinlich direkt von dem Arbeitgeberverband des Malergewerbes kommenden Wischen zu halten ist, bedarf unseren Lesern gegenüber keines Kommentars. Während bei Streiks in Unternehmerblättern die Zahl der Beteiligten recht niedrig anzugeben als notwendig erscheint, kann bei Aussperrungen die Zahl nicht hoch genug angeschlagen werden. In Wirklichkeit betrug bis Donnerstag die Zahl der ausgesperrten Gehilfen noch nicht einmal 2500. Ein großer Teil der Meister macht eben das Spiel gewisser Scharfmacher nicht mit, wohl wissend, daß letzten Endes die Hauptgeschädigten die Unternehmer selbst sind. Das Maler- und Tünchergewerbe ist eines derjenigen Gewerbe, welches sich am allerwenigsten zu solchen Experimenten eignet. Wenn sich der „Fabrikant" obigen Berichts die neueste Nummer des „Vereins-Anzeigers", das Organ des Malerverbandes, ansieht, wird er über den Stand der Organisation etwas besser unterrichtet sein, da gerade in dieser Nummer die Jahresabrechnung von 1907 enthalten ist. Vielleicht wird ihm dann über seine aus den Fingern gesogenen Behauptungen der bestürzten Generalkommission usw. ein Seifersieder aufgehen. Mit solchen dummdreisten Manövern, die den Stempel der Lügenhaftigkeit an der Stirn tragen, kann er sich höchstens ebenso blamieren wie die aussperrungswütigen Tünchermeister in Süddeutschland. Im übrigen sei bemerkt, daß fast in allen Städten Mittel- und Norddeutschlands, wo die Tarife abgelaufen waren, es zwischen den Malermeistern und dem Malerverband zur Einigung gekommen ist. Hier kommen weder Hirsch-Dunckersche noch christliche Gewerkschaften in Frage, „Zentralverbände", die zusammen in ganz Deutschland noch nicht einmal den fünfzehnten Teil der Mitglieder aufzuweisen haben, die der Verband der Maler zurzeit zählt.

Höhere Schulen und Volksschulen. Der in Braunschweig tagende dritte Verbandstag akademisch gebildeter Lehrer stellte hinsichtlich der Schülerzahl der einzelnen Klassen und der Anstalten die Forderung auf, daß die Schülerzahl der oberen Klassen 25, der mittleren Klassen 30 und der unteren Klassen 40 nicht übersteige. — Für die sächsischen Volksschulen stellte Herr Dr. Beck fest: Immerhin gibt es noch 53 Schulen mit mehr als 120 Schülern und einem Lehrer und 22 Schulen mit mehr als 240 Schülern und 2 Lehrern, im ganzen 380 Klassen, die mehr als 60 Schüler haben.

Ein „freier" Arbeitsvertrag im 20. Jahrhundert. Was man heutzutage noch von seiten der Großgrundbesitzer den Arbeitern für Arbeitsbedingungen zu bieten wagt, zeigt folgender

Arbeitsvertrag.

Zwischen der Rittergutsverwaltung zu Burgk, vertreten durch Herrn Ökonomie-Inspektor Porsdorf daselbst und dem Ernst Otto Schubert, ist folgender Arbeitsvertrag vereinbart und abgeschlossen worden.

1. pp. Schubert tritt am heutigen Tage beim Rittergut Burgk als Arbeiter und, wenn nötig, als Kutscher in Dienst und verpflichtet sich, die ihm aufgetragenen Arbeiten stets willig und gewissenhaft zu verrichten, allezeit nüchtern zum Dienst zu erscheinen und den Anordnungen und Weisungen der Gutsverwaltung pünktlich Folge zu leisten. Ohne ausdrückliche Genehmigung der letzteren darf er niemals anderwärts Arbeit annehmen, vielmehr hat er mit seiner Ehefrau ausschließlich beim Rittergut Burgk zu arbeiten.

2. Als Lohn erhält Schubert 1. den jeweilig üblichen Tagelohnsatz für sich und seine Ehefrau, 2. freie Wohnung und 3. monatlich 1 Zentner Kartoffeln für sich und seine Ehefrau. Treten Akkordarbeiten ein, so wird der Lohnsatz vorher seitens der Verwaltung mit ihm vereinbart. Die Auslohnung, die wöchentlich Mittwochs erfolgt, umfaßt jedesmal die Tage von Sonnabend bis mit Freitag.

3. Alles Halten von Vieh ist dem pp. Schubert untersagt.

4. Die der Familie Schubert angewiesene Wohnung ist jederzeit pfleglich zu benutzen und in gutem Stande zu erhalten. Namentlich haftet Schubert für allen Schaden, der durch ihn und seine Familie an Fenstern, Öfen, Türen, Schlössern usw. entstanden ist. Untervermietung, wie das Beherbergen von erwachsenen über sechszehn Jahre alten Familienangehörigen ist verboten.

5. In allem seinen Tun und Handeln hat Schubert stets das Interesse der Gutsherrschaft zu beobachten. Er verspricht, weder sozialdemokratischen Vereinen beizutreten, noch sich an den Bestrebungen und Versammlungen der Sozialdemokraten zu beteiligen.

6. Das Arbeitsverhältnis kann beiderseits durch eine einvierteljährliche Aufkündigung, gebunden an die Termine 1. April, 1. Juli, 1. Oktober und 1. Januar, gelöst werden. Der Rittergutsverwaltung steht jedoch das Recht zu, das Arbeitsverhältnis auch ohne vorherige Kündigung sofort zu lösen, wenn Schubert oder seine Familie sich grober Pflichtverletzung schuldig macht, wenn er sich betrunken zu und während der Arbeit zeigt oder sich unehrerbietig gegenüber der Gutsherrschaft und deren Vertreter benimmt. Mit dem Aufhören des Arbeitsverhältnisses beim Rittergute Burgk erlischt auch die Wohnungsberechtigung ohne weiteres. Mit Einstellung der Arbeit hat Schubert mit seiner Familie die ihm eingeräumte Wohnung sofort und ohne Verzug zu verlassen.

7. Mit vorstehenden Bestimmungen sind beide Teile einverstanden und zufrieden, sie sagen sich gegenseitige Festhaltung derselben ausdrücklich zu und haben diesen Vertrag in doppelten Exemplaren eigenhändig unterschrieben.

Rittergut Burgk, am 1. März 1908.

Porsdorf, Inspektor.
Otto Schubert.

Man fühlt sich beim Studium dieses „Vertrages" unwillkürlich in die Zeiten der Hörigkeit und Leibeigenschaft zurückversetzt und vergißt ganz, daß man im modernen 20. Jahrhundert lebt.

Einen unerwarteten Ausgang nahm vor dem Schöffengericht in Gera-Reuß eine Privatklagesache, die der Redakteur des freisinnigen „Geraischen Tageblattes", Karl Oehlmann, gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Parteiblattes, Genossen Seifarth von der „Reußischen Tribüne" angestrengt hatte. Im vorjährigen Landtagswahlkampf hatte das „Tageblatt" in einem Artikel behauptet, ein sozialdemokratischer Abgeordneter sei auf eine Unwahrheit festgenagelt worden und habe dann erklärt: Nach der Wahl widerrufe ich alles, vor der Wahl nichts! Ähnlich dächten auch die Geraer Sozialdemokraten. Unser Parteiblatt blieb die Antwort auf diesen Anwurf nicht schuldig, bezeichnete die angeblichen Worte des sozialdemokratischen Abgeordneten als eine Lüge und den Redakteur Oehlmann als einen Verleumder, wenn er nicht den Namen des sozialdemokratischen Abgeordneten nenne. Später nannte das „Geraische Tageblatt" den Genossen A. von Elm. Gleichzeitig erhob Oehlmann gegen unseren Genossen Seifarth Beleidigungsklage. Am 9. April kam die Klage zur Verhandlung und endete mit folgendem Vergleich: Genosse Seifarth nahm an Gerichtsstelle die in dem Artikel enthaltenen Beleidigungen zurück und trägt die Kosten des Rechtsstreits, Oehlmann dagegen erklärt öffentlich im „Geraischen Tageblatt", daß er die dem Genossen von Elm in den Mund gelegten Worte unter dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt und sich überzeugt hat, daß v. Elm die Worte nicht gesprochen habe. Diese Erklärung ist nunmehr im redaktionellen Teil des „Geraischen Tageblattes" veröffentlicht worden und somit wieder eine Reichsverbandslüge geplatzt.

Ein süddeutscher Gewerbe-Inspektor, Max Gänßler in München, ist vor einigen Tagen gestorben. Das Arbeiterblatt seines Wirkungskreises, die „Schwäbische Volkszeitung" in Augsburg, widmet dem Verstorbenen folgenden warmherzigen Nachruf:

Gänßler war ein Charakter, der sein Amt so auffaßte, wie es sich gebührt, der ein Vermittler zwischen hüben und drüben sein wollte und in der Verbesserung der Lage der Arbeiter in materieller Hinsicht, insbesondere in

Bezug auf Arbeiterschutz, einen heilsamen Fortschritt erblickte. Gern lieh er sein Ohr den Arbeitern und am liebsten den Vertretern der Organisationen. Und nur einen Schmerz hatte er: daß seine im besten Sinne aufgefaßte Vermittlertätigkeit auf so viel Widerstand beim Egoismus und Unverstand des Arbeitgebertums stieß. Er ward daher mehr gehaßt als geliebt von diesem und besonders von dessen Spitzen, für deren arbeiterfeindliche Taten er nur Worte des Abscheus hatte. Aber er strebte nicht nach Gunst. Der Mangel an solcher ward ihm, wie er dem trauernden Schreiber dieses, der sein Vertrauen in hohem Maße genoß, versicherte, tausendfach ersetzt durch das stolze Bewußtsein bester Pflichterfüllung und die Liebe, die ihm aus Arbeiterreihen entgegenquoll.

Gäußler hatte tiefes Verständnis für die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft und ein Herz für deren Leiden überhaupt.

Und wenn die Erkenntnis von der ehrlichen und fruchtbaren Tat dieses Edelmannes noch nicht in alle Arbeiterkreise gedrungen, so möge sie jetzt am offenen Grabe sich verbreiten.

Ein dauerndes Gedenken in Dankbarkeit gewährt ihm die kämpfende Arbeiterschaft als einem Manne, der mit ihr war, ein Gedenken, das dauernder ist als Erz und Stein.

Undankbarkeit wird man der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wahrhaftig nicht vorwerfen können. Wo sie eine ehrliche Unterstützung ihres Strebens findet, hat sie das stets dankbar anerkannt.

Antisemitische Unverfrorenheit. Der wegen Unterschlagung zu fünf Wochen Gefängnis verurteilte antisemitische hessische Landtagsabgeordnete Hirschel ist dieser Tage mit größter Unbefangenheit in der Sitzung des Finanzausschusses der hessischen zweiten Kammer erschienen, um an den Verhandlungen über die Staatsfinanzen teilzunehmen. Von Gesetzes wegen ist dagegen nichts zu machen, aber vielleicht ist doch die öffentliche Meinung stark genug, einen Mann, der wegen Unterschlagung verurteilt ist, zur Niederlegung seines Mandats zu veranlassen. Dem Herrn Hirschel ist übrigens vor Gericht völlige Unfähigkeit zur Führung von Geschäften attestiert worden; er ist also besonders geeignet, als Mitglied des Finanzausschusses eines Parlaments zu wirken.

Aus dem Gerichtssaal.

Durch Mißhandlungen fahnenflüchtig geworden! Vor dem Dresdener Kriegsgericht stand der 22 Jahre alte Soldat Kirchner von der 2. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 177 wegen Fahnenflucht, Preisgabe von Dienstgegenständen und Ungehorsams. Der Angeklagte, von Beruf Artist, war im Herbst 1906 bei genanntem Regiment eingetreten. Kaum hatte er aber den bunten Rock angezogen, da sollte für ihn eine traurige Zeit beginnen. Er hatte fortgesetzt unter Mißhandlungen und Schikanen durch mehrere Unteroffiziere und einen Gefreiten zu leiden. Es reifte deshalb in ihm der Plan, sich von der Truppe zu entfernen. Im Januar 1907 erhielt Kirchner einen kurzen Urlaub. Er trat denselben am 20. Januar an, und zwar, wie er selbst angibt, in der Absicht, nie wieder zu seinem Truppenteil zurückzukehren. Er hielt sich dann drei Wochen lang in Dresden auf, wo er sich durch Auftreten als Artist Geld verdiente. Schließlich las er eines Tags in einer Dresdener Zeitung den gegen ihn erlassenen Steckbrief. Nun machte er sich aber auf und davon: Er reiste nach Berlin und von da nach Hamburg. Hier ließ er sich als Matrose auf einem Schiff nach Holland anmustern, wo er sich längere Zeit aufhielt und später wieder die Rückreise nach Hamburg antrat. Hier faßte er nun den Entschluß, sich nach England anwerben zu lassen und bei der englischen Armee als Soldat einzutreten. An der Ausführung dieses Planes wurde er jedoch durch seine inzwischen in Hamburg erfolgte Verhaftung verhindert. Auf die Frage des Verhandlungsführers, warum er sich dauernd von der Truppe entfernen wollte, erklärte der Angeklagte: „Die Unteroffiziere machten mir das Leben durch Mißhandlungen und Schikane so schwer, daß ich die Lust zum Soldatenleben gänzlich verloren hatte!" Die noch nicht abgeschlossene Untersuchung hat bisher zum größten Teil die Angaben des Angeklagten bestätigt. Als Täter kommen einige Unteroffiziere und ein Gefreiter in Frage. Diese werden nach Abschluß der Untersuchung, wie der Verhandlungsführer hervorhob, zur Rechenschaft gezogen werden. Mit ein paar Tagen Arrest wird dann wahrscheinlich die Handlungsweise der Soldatenschinder gesühnt werden. Der durch die Mißhandlungen zur Fahnenflucht getriebene Soldat bekam aber die volle Härte der Militärjustiz zu spüren, denn man verurteilte ihn zu der ungemein hohen Strafe von 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis!! und 8 Tagen Haft unter gleichzeitiger Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. So ergeht es deutschen Soldaten, die sich nicht durch Vorgesetzte mißhandeln lassen wollen.

Unterschlagungen eines Postbeamten. Wegen Vergehens im Amte hatte sich vor der zweiten Strafkammer in Essen der Oberpostschaffner Franz Schröder zu verantworten. Es ist ihm zur Last gelegt, Sachen, die er in amtlicher Eigenschaft empfangen oder in Gewahrsam hatte, unterschlagen zu haben; ferner als Postbeamter Briefe in anderen als den im Gesetze vorgesehenen Fällen geöffnet zu haben. Der Angeklagte, ein 47jähriger Mann, war im Jahre 1885 in den Postdienst eingetreten und 1898 zum Oberpostschaffner befördert worden. Er war beim Essener Hauptpostamt im Innendienst beschäftigt. Da der Angeklagte von anderen Beamten als verdächtig bezeichnet wurde, so fand eine Durchsuchung seiner Wohnung statt, die das Ergebnis hatte, daß bei ihm eine Anzahl Sachen vorgefunden wurden, die aus Postsendungen herrührten. Es war dieses eine Brosche mit Etui, ein Posten neuer Ansichtspostkarten, ein Notizkalender, eine Anzahl zurückgegangener bezw. nicht frankierter oder adressierter Ansichtspostkarten und andere Kleinigkeiten mehr. Auch ein mit einer fremden Adresse versehener Brief wurde vorgefunden, der vom Angeklagten mitgenommen und geöffnet worden war. Infolge dieser Feststellungen wurde der Angeklagte vom Dienst suspendiert und gegen ihn das Strafverfahren nach §§ 350 und 354 des Strafgesetzbuches eingeleitet, das die Anklage nach sich gezogen hat. Schröder wurde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Durch Mißhandlung zur Selbstverstümmelung. Aus Halle a. S. berichtet man unterm 15. April: Am 8. Febr. dies. Jahres zertrümmerte sich der Kürassier Hermann Graf von dem Kürassierregiment Nr. 7 in Halberstadt mit einem Karabiner, der mit einer Platzpatrone geladen war, das letzte Glied des linken Zeigefingers, um vom Militärdienst loszukommen. Angestellte Ermittlungen ergaben, daß Graf, der zur Zeit noch Rekrut war, von dem Unteroffizier Schmidt geohrfeigt und durch die Worte „katholischer Bock" beleidigt worden war. Während Graf vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle erklärte, von dem Unteroffizier oft mißhandelt worden zu sein, so daß er, der Untergebene, sich sogar mit Selbstmordgedanken getragen habe, meinte Schmidt, „er könne sich gar nicht mehr besinnen", den Graf geohrfeigt bezw. „katholischer Bock" genannt zu haben. Graf ist nämlich Katholik und fühlte sich durch die Redewendung sehr verletzt. Der als Zeuge geladene Kürassier Hase stellte zunächst glattweg in Abrede, daß der Unteroffizier den Untergebenen mißhandelt habe. Als man den Zeugen aber in Abwesenheit des Unteroffiziers vernahm, da räumte Hase ein, die dem Graf von Schmidt verabreichte Ohrfeige sei „schön und kräftig" gewesen. Graf wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und Schmidt, der eigentliche Urheber der Straftat, kam mit sechs Tagen gelindem Arrest davon. — Das ist Gerechtigkeit bei der Militärjustiz!

Die Todesfälle infolge Genusses von verdorbenem Fleische, welche vor einem Jahre in der Umgegend von Leipzig sich ereigneten und in weitesten Kreisen Aufsehen erregten, kamen am Dienstag vor dem Reichsgericht zur Sprache. Am 18. Dezember vorigen Jahres sind vom Landgericht Leipzig die Fleischer Walther und Möbius wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz verurteilt worden; neben ihnen der Weinbergsbesitzer Heinrich Jahn in Stötzitz wegen Beihilfe zu einem Monat Gefängnis. Die Eheleute Jahn hatten eine kranke Kuh geschlachtet und der Tierarzt hatte sie angewiesen, das minderwertige Fleisch nur gekocht verzehren zu lassen und nur in der nächsten Umgebung zu verkaufen. Die Mitangeklagten Walther und Möbius kauften das rohe Fleisch zu sehr billigem Preise und machten Würstchen sowie Hackfleisch daraus. In Böhlitz-Ehrenberg, Möckern und anderen Orten der Leipziger Umgebung erkrankten dann viele Personen nach dem Genusse dieser Nahrungsmittel. Zwei von ihnen starben. Tod und Erkrankung sind nach der Überzeugung des Gerichtes auf den Genuß des Fleisches zurückzuführen. Das Vergehen der beiden Fleischer wurde darin erblickt, daß sie das minderwertige Fleisch als vollwertig verkauft haben. Jahn und der Mitangeklagte Tannenberg waren als Gehilfen anzusehen. — Die nur von Jahn eingelegte Revision wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Der Vorsatz, die Tat der Fleischer zu fördern, sei nicht festgestellt. Jahn habe das Fleisch an die beiden Fleischer verkaufen dürfen in der Voraussetzung, daß sie es auf der Freibank oder unter Aufsicht der Polizei verkaufen würden. Jahn würde nur strafbar sein, wenn er gewußt hätte, daß die beiden das Fleisch ungesetzlich verkaufen wollten. Festgestellt sei nur, daß Jahn wußte, daß die beiden Käufer Fleischer waren. — Das Reichsgericht hielt jedoch die Beihilfe für genügend festgestellt und verwarf die Revision.

Der Sieg der Browning-Pistole. Über den Ausgang des Münchener Prozesses gegen den Schutzmann Schauer, der im Dezember vorigen Jahres den Studenten Moschel erschossen hat, schreibt die „Münch. Post": „Was war denn geschehen? Eine Ruhestörung lag vor, eine Schutzmannsbeleidigung; die waren zu sühnen, daher die Festnahme Moschels. Der Betrunkene widersetzt sich, die Schutzleute können ihn zu zweien nicht bewältigen, und nun kracht die Staatsautorität in allen Fugen, das letzte Mittel, sie zu retten, ist die Browning-Pistole. Ein Feuerstrahl — ein Knall — ein Menschenleben ist ausgelöscht, der Schutzmann beherrscht wieder die Situation, erwählt aber doch der Tapferkeit besseren Teil und drückt sich nach Hause. Als am Sonnabend der Gerichtshof das freisprechende Urteil verkündet hatte und der Schutzmann Schauer den Schwurgerichtssaal verließ, da stürzten seine Vorgesetzten, die als Leumundszeugen vernommen worden waren, auf ihn zu und schüttelten ihm beglückwünschend die Hand. Und mit einer gewissen Ehrfurcht blickten ihm die drei Richter und die Geschworenen nach, denn es war ein Allmächtiger, der da von der Anklagebank herabstieg. Geschworenenbank und Gerichtshof hatten ihm das durch Wahrspruch und Urteil eben bestätigt. Was den Geschworenen und Richtern nur unter beiderseitigem Zusammenwirken und nur in dem einen Falle des Mordes als Befugnis zusteht, einem Menschen das Leben abzusprechen, der frühere landwirtschaftliche Arbeiter Schauer hat dieses Recht ohne weiteres und ohne wesentliche Einschränkung, er hat dieses Recht, weil er die Heugabel aus der Hand legte und in die Schutzmannsuniform schlüpfte; er kann die Todesstrafe verhängen, nicht nur bei Mord, sondern auch bei grobem Unfug oder bei einer Schutzmannsbeleidigung; er braucht dazu keine Voruntersuchung, keine Beweiserhebung. Er braucht nur einen Widerstand, den er aus Mängeln, die in seiner eigenen Person liegen, nicht brechen kann, und darf dabei nur nicht vergessen, sich einzubilden, er sei in Lebensgefahr. Aber seine Machtfülle ist damit noch nicht erschöpft; das regierende Staatsoberhaupt kann das Todesurteil des Schwurgerichts aufhalten, ein Schauer aber vollstreckt das Todesurteil, das er in höchsteigener Person verhängt hat, auf der Stelle und ungestraft. Und der jüngste Schutzmann, dem vielleicht noch nicht einmal die Zusammensetzung der Repetierpistole geläufig ist, nimmt teil an diesem Recht, in einem erregten Augenblick über Leben und Tod der Mitglieder des Staates zu entscheiden. So groß ist die Furcht dieses Staates, es könnte die von ihm diktierte, mitunter recht fragwürdige und wurmstichige Ordnung nicht aufrecht erhalten werden, daß er den untersten Diener der Exekutivgewalt mit der höchsten Machtvollkommenheit ausstattet, die er sich nicht einmal dem obersten Gerichtshof uneingeschränkt zu übertragen wagt.

Genossenschaftsbewegung.

Die Rabattsparvereine in der Entwicklung zu preissteigernden Händlerringen. Daß Rabattsparvereine preiserhöhend wirken, ist für jeden, der sich über die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge auf dem Warenmarkte ein klares Bild machen kann, selbstverständlich. Wie sollten sie den Rabatt zahlen können, wenn er nicht vorher auf den Warenpreis geschlagen würde? Immerhin bekommen die Käufer in Form von Rabatt das zum größten Teil wieder, was ihnen vorher in Form erhöhter Warenpreise abgenommen wurde. Die Möglichkeit liegt aber auch vor, daß die Rabattsparvereine sich zu Händlerringen auswachsen, die den Profit durch Preiserhöhungen über den Betrag des Rabatts hinaus zu vermehren trachten. Es scheint uns das sogar in der Linie der Entwicklung der Rabattsparvereine gelegen zu sein; sie müssen zu dieser Praxis kommen. Die Rabattsparvereine sind Organisationen der Händler, sie stellen die bisher erfolgreichste Methode der Organisation dieser schwer zusammenzubringenden Berufsgruppe dar. Organisationen solcher Art haben in heutiger Zeit aber immer die Tendenz, ähnlich wie die Kartelle, also profitfördernd zu wirken. Das einzige Mittel zu diesem Zwecke ist die gegenseitige Vereinbarung über die Preishöhe. Man schafft zunächst einheitliche Preise und daran schließen sich dann die höheren Preise. Aus dem Rabattsparverein wird ein Ring zur Verteuerung der Lebensmittel, der des Rabattwesens bedarf, um die Händler anzulocken und bei der Organisation festzuhalten.

Das, was wir hier als wahrscheinlich darstellen, findet seine Bestätigung durch mancherlei Vorgänge in der Rabattsparvereinsbewegung. Längst sind diese Vereine über bloße Rabattsparvereine hinausgewachsen. Sie sind heute schon zu kartellähnlichen Organisationen der Detailhändler geworden mit gemeinsamen Einrichtungen und einer Zentralorganisation über ganz Deutschland, die für den angeblichen Vereinszweck durchaus entbehrlich wäre. Und daß auch die Preiskonventionen bereits ihren Anfang genommen haben, erfahren wir aus dem Berichte des Rabattsparvereins Freiburg i. Br., in dem es u. a. heißt:

Die stärkste Gruppe des Vereins, die der Kolonialwarenhandlungen und verwandten Branchen (Gruppe VI), ist dazu übergegangen, die Preise für solche Artikel, die bisher unter Preis verschleudert wurden und von der Konkurrenz noch verschleudert werden, nach unten zu begrenzen (Mindestpreise).

Vorläufig sind von dieser Maßregel Zucker und Petroleum betroffen worden. Es wurde anfangs wohl befürchtet, daß diese Artikel ganz der Konkurrenz anheim fallen würden; es hat sich aber gezeigt, daß diese Befürchtung grundlos war, denn die festgesetzten Mindestpreise, — deren Höhe durch den Gruppenvorstand bestimmt — sind durchweg eingehalten worden, ohne daß ein fühlbarer Nachlaß im Umsatz in diesen Artikeln eingetreten wäre.

Da sehen wir bereits die Nahrungsmittelverteurer an der Arbeit. Mit Zucker und Petroleum fängt es an; bald werden die Herren feststellen, daß auch in anderen Artikeln „geschleudert" wird und auch für diese Mindestpreise vorschreiben, natürlich nicht zu niedrige, und je mehr die Herren essen, desto stärker wird ihr Appetit werden. Nun wachsen ja allerdings die Bäume der Rabattsparvereinler nicht in den Himmel, dafür sorgen die Konsumvereine. Die Konsumenten sehen aber aus dem Beispiel, wie töricht sie im Grunde handeln, wenn sie im Rabattsparvereinsladen kaufen. Das ganze Rabattwesen ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, deren Möglichkeit auf der alten Wahrheit beruht, daß die Welt betrogen sein will. Und obendrein unterstützen die Betrogenen die Bestrebungen der Händler zur Verteuerung aller Lebensmittel.

Aus Nah und Fern.

Schülerselbstmorde. In der letzten Sitzung des Anhaltischen Landtages kamen zwei Schülerselbstmorde zur Erörterung, die sich an einem Tage in Städten des Herzogtums ereignet haben und denen Schüler des Herzoglichen Karolineums zum Opfer fielen. In einem Falle war der Schüler als letzter versetzt, im anderen überhaupt nicht versetzt worden. Der Abg. Peus (S.) interpellierte die Staatsregierung und betonte, die Schuld liege sehr oft auf seiten der Eltern, deren Ehrgeiz in den meisten Fällen größer ist, als er sein sollte. Die Eltern sollten doch in bezug auf die Ansprüche an ihre Kinder nicht über das zulässige Maß hinausgehen. Die Jungen, die sich das Leben nehmen, seien moralisch nicht die schlechtesten. Der Vorsteher des anhaltischen Schulwesens, Rümelin, gab dem Vorredner recht. Die Schülerselbstmorde in Deutschland seien geradezu epidemisch geworden und seien leider in den meisten Fällen auf den gesteigerten Ehrgeiz zurückzuführen, der im Elternhause oft zu sehr gepflegt werde.

Literarisches.

Die fortgesetzten Klagen aus klavierspielenden Arbeiterkreisen, von Jugendvereinen, Vereinswirten usw., daß unsere Musikliteratur so wenig für das Klavier bietet, hat den Verlag von Günther in Dresden veranlaßt, sich zunächst zu der Herausgabe der beiden bekanntesten Arbeiterlieder zu entschließen. Die Marseillaise und der Sozialistenmarsch liegen uns nun in einer Klavier-Ausgabe in einem Heft vereinigt vor. Beide Stücke enthalten zwei Teile, denen im Trio der Text untergelegt ist und außerdem noch eine Tafel Text apart beiliegt. Das Arrangement ist dem Zweck entsprechend leicht gesetzt und für den Preis von 1 Mk. in unserer Buchhandlung zu haben. Bei Voreinsendung des Betrags erfolgt Frankozustellung.

Die Milzbrandgefahr in der Bürsten- und Pinselindustrie. Eine Aufklärungsschrift. Herausgegeben von der Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands in Nürnberg. Stuttgart, Selbstverlag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 20 Seiten 8°. Preis 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Ernst Gründert
Agnes Gründert geb. **Gerdtz**
Vermählte.
Für die zahlreichen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit sprechen ihren herzlichsten Dank aus
Lübeck, im April 1908. D. O.

Oesterreich. Zigarren
Oesterreich. Zigaretten
Oesterreich. Rauchtabake
Gr. Auswahl **Kersten**, Zigarrengesch., Hüxstr. 8

Abreisenden
aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. **Ilischergr. 52.**

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße
Gebe rote Rabattmarken.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus. 18

Pfandhaus
A. Frankenthal
Lederstraße 1, I.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meierei-Butter
kostet Pfd. **1.30** Mk.

1 Satz Ferkel zu verkaufen.
H. Lange, Mori b. Lübeck.

Unter alte emaillierte Töpfe werden neue emaillierte Böden gesetzt.
J. Westphal, Engelswisch 16.

Gratulationskarten
empfiehlt
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Sämtliche Artikel zur

Krankenpflege,

Seifen, Parfümerien, Gewürze,
sowie alle ins Fach schlagende Bedarfsartikel
empfiehlt zu den billigsten Preisen

Hansa - Drogerie

Hans Fock Nachf.,
vis-à-vis dem neuen Hauptbahnhof,
Ecke Fackenburger u. Schwartauer Allee.

Gebrüder Barg

5 Kohlmarkt 5

empfehlen:
Bettfedern und Daunen
in nur tadelloser Ware.
Großes Lager in fertig genähten
Bett-Inletts
sodaß das Füllen von Betten stets gleich erfolgen kann. Ferner sämtl.
Aussteuer-Artikel
in bekannt großer Auswahl.
Rabattmarken oder 4 pCt. in bar.

Grassamen-Mischungen

für Abhänge, Wälle 2c. . Pfd. 28 u. 26 Pfg.
für Gartenrasen . . . . . Pfd. 35 „
für Park- u. Teppichrasen . . . „ 45 „
für Schattenlage . . . . . „ 50 „

Sorten echter

Gemüse- u. Blumensamen

Blumendünger Paket 10 Pfg.

Grüne Saaterbsen,
Teckbohnen,

Klee- u. Grassaaten

empfiehlt
in keimfähigster Ware

Ludwig Hartwig,
Obertrave
8.

Turnhallen-Bauverein Lübeck.

Bei der am 19. April d. J. stattgefundenen Tombola sind nachfolgende Losnummern mit Gewinnen gezogen:

13	39	50	52	96	101	112
121	130	176	201	205	253	260
284	307	319	348	358	381	391
394	423	437	438	463	466	477
496	499	502	543	591	615	648
656	665	686	706	718	735	766
771	816	833	839	855	861	869
879	894	913	917	947	952	961
964	989	997	1006	1047	1083	1090
1105	1127	1159	1186	1254	1270	1271
1332	1388	1398	1402	1409	1411	1426
1431	1440	1456	1471	1503	1548	1551
1579	1582	1592	1605	1635	1638	1653
1736	1757	1810	1858	1905	1915	1938
1942	1943	1958	1973	1976	2000	2014
2034	2037	2116	2178	2184	2192	2202
2208	2230	2233	2240	2255	2259	2340
2349	2394	2411	2418	2421	2430	2448
2455	2459	2506	2529	2557	2576	2585
2616	2624	2640	2646	2678	2687	2810
2841	2851	2915	2942	3003	3010	3017
3026	3059	3068	3087	3088	3095	3111
3128	3174	3179	3327	3350	3372	3374
3379	3384	3387	3389	3400	3435	3506
3516	3542	3569	3573	3614	3617	3628
3701	3724	3760	3762	3773	3779	3787
3789	3797	3810	3825	3887	3916	3941
3972						

Die Gewinne werden verabfolgt am Dienstag, den 21. und Mittwoch, den 22. April, abends von 7—9 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52, Zimmer Nr. 12, später bei H. Brasch, Hundestraße 41. Gewinne, welche bis zum 20. Mai 1908 nicht abgeholt sind, verfallen dem Verein.

Der Vorstand.

Quartettverein Amicitia.

General-Versammlung

am Sonnabend, den 25. April 1908
im Vereinslokal, Johannisstraße 25.

T.-O.: Abrechnung; Wahlen; Ausflug; Sommerfest; Verschiedenes.

Der Vorstand.

Spar-Klub „Alles da".

General-Versammlung

Mittwoch, 22. April, abends 8½ Uhr
im Polierkrug.

Der Vorstand.

Schuhwaren-Zentrale

Inh.: Raetz & Kremin - Lübeck

Georgstraße Nr. 40. Telephon Nr. 2216.

Hiermit bringen wir dem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend zur Kenntnis, daß wir unser bisheriges

Reparatur-, Besohl- und Maß-Geschäft feiner Schuhwaren

bedeutend vergrößert haben.

Unterstützt durch Anschaffung der **neuesten, erstklassigen Arbeitsmaschinen, direkten Einkauf von Materialien durch Fachleute an prima Leder** 2c. sind wir in der Lage, **alle Wünsche** auf das **billigste** und das **schnellste** zu erledigen. Das Schuhzeug wird auf Benachrichtigung sofort **kostenlos** abgeholt und auf Wunsch noch am **selben Tage** wieder zugestellt; **eilige Sachen sofort.**

Wir bieten also gegenüber der bisherigen Methode: **kostenloses Abholen und Zustellen des Schuhzeugs, tägliche Ablieferung, auf Wunsch in einigen Stunden, sachgemäße Behandlung auf den neuesten Arbeitsmaschinen, daher die geringste Strapazur des Schuhzeugs, prima Materialien, direkter Einkauf durch Fachleute, billigste Preise, veranlaßt durch maschinelle Einrichtung, Groß-Einkauf der Materialien usw.** Wir bitten um **einen Versuch** und werden uns erlauben, unseren Vertreter bei dem geehrten Publikum vorsprechen zu lassen, **um gefällige Aufträge** entgegenzunehmen.

Preise:

Damensohlen . .	1.35 Mk.	Damen-Absätze . .	0.50 Mk.
Herrensohlen . .	2.00 „	Herren-Absätze . .	0.75 „

Kindersohlen u. Absätze von 1 Mk. an, genähte Sohlen 25 Pf. mehr.

Bedingung: Ablieferung gegen bar.

Ferner empfehlen wir unser

gut sortiertes Lager fertiger Schuhwaren zu billigsten Preisen.

Georgstr. 40. Schuhwaren-Zentrale.

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum, Freunden und Gönnern zur Nachricht, daß ich **Mittwoch, den 22. April 1908,** das

Restaurant

(verbunden mit Stehbierhalle)

des Herrn Burwik, Bei St. Johannis,

käuflich übernehme.

Indem ich für **gute Speisen und Getränke,** sowie **aufmerksame Bedienung** stets Sorge tragen werde, ersuche ich um gütigen Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Herm. Pagels.

In der **Porter-, Bier- und Malzextract-Brauerei Paul Flemming** finden Malzsurrogate (Süßstoffe) **keinerlei** Verwendung, wodurch sicherste Gewähr für reinste, bekömmlichste und nahrkräftigste Fabrikate geboten wird. —

Man verlange daher in den einschlägigen Geschäften **ausdrücklich obige Fabrikate** und wende sich, falls diese dort nicht erhältlich, direkt an die Brauerei **Engelsgrube 62.**

Eimerbier, frisch: Jeden Dienstag und Freitag, abends von 6—9 Uhr.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. * * * * * * * * Billigste Preise.

Sämtliche

Schulbücher u. Schreibhefte

empfiehlt die

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Achtung!

Zentralverband der Maurer!

Mitglieder - Versammlung

am Mittwoch, den 22. April, abends 8½ Uhr,
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Das Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
E. G. m. b. H.

Die zweite

General-Versammlung

findet statt

am Mittwoch, den 29. April,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenberichte des Vorstandes und Aufsichtsrates.
2. Genossenschaftliches.

Eintritt nur gegen Legitimation.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Aufsichtsrat.
R. Waldburger, Vorsitzender.

Gasthof Transvaal

Schwartau.

Am Markttage Mittwoch, 22. April

Gr. Tanzmusik

Robert Pinkert.

Metropol-Theater

Lübeck, Ecke Breite- u. Hüxstraße.

Vornehmstes und schönstes Etablissement

lebender, sprechender
und
singend. Photographien

Großartiges Festprogramm.

Auf vielseitigen Wunsch:

Kaisertage

in Venedig.

Wunderbare Aufnahme der interessanten Feierlichkeiten zu

Ehren des deutschen Kaisers.

Herrliches Panorama des festlich geschmückten Venedigs. — **Klare Porträts der kaiserlichen Familie.** — Die Kaiserjacht „Hohenzollern" Kreuzer „Hamburg", Gondelkorso in den Kanälen usw. usw.

Die Löwenbraut

*** Tilly Bèbè ***

mit ihrer in Freiheit vorgeführten

Löwengruppe.

Moderne Bildhauerkunst. Koloriertes Zauberbild.

Die Braut des Kreuzritters

Großes dramatisches Lebensbild aus der Zeit der Kreuzzüge. Wunderbare landschaftliche Reize. Dezente ergreifende Durchführung, tadellose Photographie.

Fritzchens Geburtstags-Geschenk.
(Allerliebst.)

Märzwinde (hochkomisch).

Im Hafen von Neuyork.
(Panorama).

Jugendabenteuer zweier Kinder
(Lebensbild).

Duett aus Martha (Opern-Tonbild).

Posaunenmüller
(äußerst humoristisches Tonbild)

u. das grosse Programm
sowie täglich Konzert.

Hansa-Theater

Täglich die Schlager der Saison.

Die Liebesfestung.

Ausst.-Vaudeville in 3 Akt. v. Brennert u. Urban. Musik von Bogumil Zepler. Ballettmusik im 3. Akt v. Walter Schutz. Im 3. Akte: **Nürnberger Spielzeug.** Pantomime mit großem Ballett, arrang. vom Ballettmeister G. Ceruti.

Prima baller.: Signorina **Ripamonti**

Vorkommende Tänze:

Polka: 4 Hampelmänner u. 4 Bälle.
Gavotte: 4 Hasen.
Polka: 4 Babys und 4 Drachen.
Blumengavotte: Signora Ripamonti.
Walzer: Signora Ripamonti u. Corps de Ballett.
Galopp-Finale: Signora Ripamonti u. Corps de Ballett.

Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.